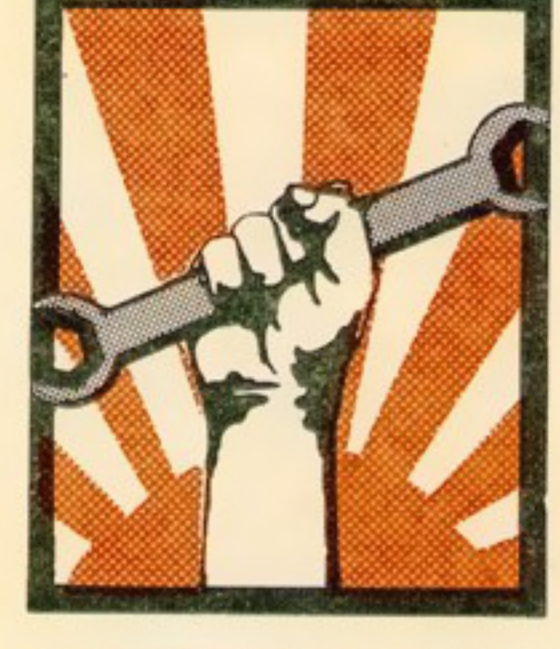


Arbeiterkampf

Jahrg. 2 Nr. 17 April 72

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Betrieb 30 Pf.
Laden 50 Pf.

1. MAI Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse!



1. Mai 1971 in Hamburg

Seit 80 Jahren führen die Arbeiter aller Länder den 1. Mai als ihren Kampftag durch.

Unterschiedlich sind die Formen dieses Kampfes und die Forderungen, unter denen am 1. Mai demonstriert wird.

In den kapitalistischen Ländern kämpft die Arbeiterklasse für eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, für eine Erweiterung ihrer Rechte in Betrieb und Gesellschaft. Wo die Diktatur der Kapitalistenklasse solche Demonstrationen zu verhindern sucht – wie in Spanien, Portugal, Griechenland – dort bringen die Arbeiter auf die verschiedensten Weisen ihre Forderungen zum Ausdruck: kämpferische „illegale" Demonstrationen ohne Furcht vor dem Polizeiterror, Wandparolen, Flugblätter, Arbeiterversammlungen.

In den sozialistischen Ländern demonstriert am 1. Mai die siegreiche Arbeiterklasse, zusammen mit der Bauernschaft, für den weiteren sozialistischen Aufbau, für die kämpferische Solidarität mit den Befreiungskämpfen der unterdrückten Völker und Nationen.

In der Bundesrepublik steht der 1. Mai immer noch im Zeichen der von der Gewerkschaftsspitze betriebenen Taktik der Entpolitisierung und Demobilisierung. Immer weniger öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen, immer nichtssagendere und seichtere Parolen. Ist der 1. Mai nicht mehr „zeitgemäß", wie die Gewerkschaftsführer behaupten? Betrachten die Arbeiter den 1. Mai nicht mehr als ihren Kampftag? Wenn das leider teilweise so ist, dann gerade als Ergebnis der Politik der Gewerkschaftsspitze. Mit Parolen wie „Wir sichern den Fortschritt" oder „Für eine bessere Welt" ist kein Hund hinterm Ofen vorzulocken. Solche Parolen erzeugen gerade das Desinteresse und die Apathie, mit der dann die Gewerkschaftsführer nachträglich ihre Politik zu „begründen" versuchen.

Auf der anderen Seite haben wir in den vergangenen Jahren zunehmend kämpferische und bewußtere Mai-Demonstrationen erlebt. Auf den vom DGB durchgeführten Veranstaltungen – wo solche stattfanden – oder auf Mai-Demonstrationen, die von linken Gruppen, in erster Linie Kommunisten organisiert wurden.

Es ist klar, daß der 1. Mai nicht ein spezieller Kampftag der Kommunisten und einer bewußten Vorhut der Arbeiterklasse ist, sondern ein Kampftag der gesamten Arbeiterklasse. Daher lehnen wir alle super-„linken" Vorschläge ab, die darauf hinauslaufen, den 1. Mai unter die exklusiven Forderungen und Parolen der Kommunisten zu stellen. Andererseits verurteilen wir die opportunistische Politik der DKP-Führer, die Beteiligung an Mai-Demonstrationen von der Zustimmung der DGB-Spitze abhängig zu machen. Beide Verhaltensweisen sind dazu geeignet, eine möglichst breite Kampffront am 1. Mai zu erschweren.

Wir sind der Meinung, daß die Kommunisten sich überall dort, wo gewerkschaftliche Mai-Demonstrationen und -Kundgebungen stattfinden, mit klaren, kämpferischen Parolen daran beteiligen und in der Arbeiterklasse durch Flugblätter usw. zu diesen aufrufen sollten. Wo keine solchen Veranstaltungen stattfinden, soll-

Forts. Seite 2

Wachsender Polizeiterror

Bei einer gewaltsamen Räumung von besetzten und selbstverwalteten abbruchreifen Häusern auf dem Frankfurter Universitätsgelände stürmte die Polizei am 9. März ein psychiatrisches Behandlungszentrum, das in einem dieser Häuser untergebracht war. Die Polizisten verwüsteten und demolierten die Einrichtung, schlugen die Ärzte und Patienten und schleppten sie anschließend auf das Polizeirevier.

Die bürgerliche Presse bemühte sich, die Polizeiaktion möglichst zu verschweigen oder als einen bedauerlichen „Irrtum" hinzustellen. Es handelte sich aber weder um einen „Irrtum" noch um einen Einzelfall „unverhältnismäßiger Brutalität" durch die Polizei. Die Brutalität der Polizei bei ihrem Einsatz zur „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung" und zur „Bekämpfung der Kriminalität" hat in der letzten Zeit deutlich zugenommen. Vieles davon spielt sich hinter den Kulissen der Öffentlichkeit ab, auf den Polizeirevieren, in den Gefängniszellen oder auch auf der Straße und in den Wohnvierteln, ohne daß die Presse darüber berichtet. Andererseits soll die Bevölkerung durch demonstrative Polizeiaktionen und durch entsprechende Presseberichte dahin gebracht werden, die „Notwendigkeit" des wachsenden Polizeiterrors „einzusehen" und sich daran zu gewöhnen.

Seit mehreren Monaten hatten ca. 40 Studenten fünf abbruchreife Häuser in der Frankfurter Jügelstraße besetzt. Die Häuser gehörten zum Universitätsgelände, wurden aber von der Universitätsverwaltung nicht genutzt. Die Studenten waren nach der Besetzung mit der Universitätsverwaltung übereingekommen, die Häuser ohne Mietzahlung bis zu deren Abbruch bewohnen zu dürfen und selbst zu verwalten. Vom Termin des Abbruchs sollten sie rechtzeitig unterrichtet werden.

In einem der Häuser war schon seit einem Jahr ein psychiatrisches Behandlungszentrum eingerichtet, in dem auch zwei Ärzte, mithelfende Studenten und einige Patienten wohnten. Die Räume waren der Psychiatrie-Gruppe bereits vor der Besetzung der übrigen Häuser zur Verfügung gestellt worden und es bestand gleichfalls ein Abkommen, wonach die Gruppe die Räume bis zum Abbruch benutzen durfte und rechtzeitige Mitteilung vom Abbruch erhalten sollte.

Anfang März kam es zwischen den Studenten und einer Gruppe von Hippies zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Studenten die Häuser räumten und den unterkunftslosen Hippies überließen. Universitätsverwaltung und Polizeileitung sahen nun den Zeitpunkt gekommen, einzugreifen.

Im Morgengrauen des 9. März fuhr ein riesiges Polizeiaufgebot in der Jügelstraße auf, drang in die Häuser ein, nahm 212 Bewohner fest und führte sie auf das Polizeirevier. Als Grund der Razzia gab die Polizei Hinweise auf Waffenverstecke an – die sie dann auch „entdeckte". Nach der Räumung beauftragten Polizei und Universitätsverwaltung ein Abbruchunternehmen, die Häuser „unbewohnbar" zu machen.

In der „Frankfurter Rundschau" hieß es am 10. März dazu: „Razzia und Räumungsaktion verliefen ohne Zwischenfälle." Für die bürgerliche Presse ist ein

Forts. Seite 3

ten die Kommunisten, zusammen mit anderen dafür in Frage kommenden Organisationen, gewerkschaftlichen Gruppen usw., selbst für das Zustandekommen von Mai-Demonstrationen sorgen.

Das sind unsere Mai-Forderungen:

Der KOMMUNISTISCHE BUND wird den 1. Mai unter die zentrale Parole stellen:

Gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse!

Nachdem die westdeutschen Arbeiter, mit den Metallern des Ruhrgebiets an der Spitze, in den „wilden Streiks" 1969 einen Erfolg ihrer kämpferischen Solidarität errangen, sind die Kapitalisten seither in der Gegenoffensive. Die staatlichen „Lohnleitlinien", von Minister Schiller im Interesse des Großkapitals festgesetzt, wurden in den Tarifvereinbarungen 1971 eingehalten oder sogar unterschritten. Angesichts der anhaltenden Preissteigerungen und Steuererhöhungen bedeutet das eine klare Verschlechterung unserer wirtschaftlichen Lage.

1972 wollen die Kapitalisten diese Politik verschärft fortsetzen. Sie steigern in ihrer Propaganda die Stimmungsmache gegen eine konsequente gewerkschaftliche Tarifpolitik und greifen sogar unverhohlen das Streikrecht an.

Die Ursache für die verschärften Angriffe der Kapitalistenklasse ist der verschärfte Konkurrenzkampf des internationalen Kapitals, der verschärfte Kampf zwischen den Imperialisten der verschiedenen Länder. Um in diesem Konkurrenzkampf bestehen zu können, greift die westdeutsche Kapitalistenklasse zunehmend zum Mittel, ihre Profite auf Kosten des erreichten Reallohns der westdeutschen Arbeiterklasse abzusichern und wenn möglich noch zu steigern. Aber mehr noch: die Kapitalisten rechnen aufgrund ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage und der langfristigen Verschärfung der Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt auch mit einer Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche in der Bundesrepublik, mit einer Verschärfung der Klassenkämpfe. Die Kapitalisten sehen einer Zeit entgegen, wo es ihnen weit weniger als heute noch gelingen wird, die Arbeiterklasse ruhig zu halten. Auf diese Zeit bereiten sich die Kapitalisten und ihr Staat schon heute fieberhaft vor.

Deshalb die Verstärkung der Polizei unter dem Vorwand einer steigenden Kriminalität und der Jagd auf das Phantom „Baader-Meinhof". Deshalb die Orientierung des „Bundesgrenzschutz" auf die militärische Niederschlagung von Streiks, auf den Bürgerkrieg. Deshalb die Verabschiedung der Notstandsgesetze schon 1968, die den totalen Polizeistaat „juristisch" absichern sollen. Deshalb der Ruf nach dem „starken Mann", nach Franz Josef Strauß, nach einer Rückkehr der CDU / CSU an die Regierung. Deshalb die reaktionäre „Säuberung" der Schulen und Universitäten, der Presse und des Rundfunks von „Kommunisten" zur Einschüchterung aller demokratischen Kräfte in diesen Institutionen. Deshalb die Forderung nach einem Verbot der kommunistischen Organisationen und Gruppen, die wilde Hetze der Reaktion gegen fortschrittliche Kräfte selbst in der SPD, in den Gewerkschaften, unter den Jusos.

Deshalb unsere Parolen:

GEGEN DIE FASCHISTISCHE FORMIERUNG DER KAPITALISTENKLASSE – STOPPT IHRE AGENTEN STRAUSS, BARZEL UND SPRINGER!

Gegen die schrittweise Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft

Weg mit dem KPD-Verbot

Schluß mit der Kommunistenjagd

Diese Forderungen sind nicht durch Apelle an das „demokratische Gewissen" der SPD / FDP-Regierung zu erfüllen. Die Arbeiter kommen keinen Schritt weiter mit dem Gejammer der DKP, daß die Politik der Kapitalisten „im Widerspruch zur Verfassung" steht. An wen soll sich dieses Gejammer richten? Die SPD - weit davon entfernt, die Verfassung gegen die Kapitalisten zu verteidigen – erfüllt an der Regierung die Aufgaben jeder bürgerlichen Partei, betreibt die Kommunistenjagd in den staatlichen Institutionen, den Ausbau des Polizei-Apparats, die Durchsetzung der „Lohnleitlinien".

Wenn wir sagen, daß die SPD gegenüber der CDU / CSU tatsächlich ein „kleineres Übel" bedeutet, so ist das keineswegs gleichzusetzen mit einer kritiklosen und kampflosen Hinnahme dieser Partei und ihrer Regierungspolitik. Der Kampf gegen die schrittweise Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft muß von der Arbeiterklasse nicht nur gegen die CDU / CSU sondern auch gegen die SPD / FDP-Regierung als gegenwärtige Geschäftsführerin der Kapitalistenklasse, geführt werden.

FÜR EINE KONSEQUENTE KLASSENPOLITIK DER GEWERKSCHAFTEN!

„Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstandes gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems." (Karl Marx; Lohn, Preis und Profit.)

Wenn die Arbeiter im letzten Jahr trotz ausgedehnter und zäher Streikkämpfe dennoch einen Abbau ihrer Reallöhne hinnehmen mußten, so liegt ein wesentlicher Grund dafür in der Politik ihrer gewerkschaftlichen Organisation, des DGB. Dessen sozialdemokratische Führung, eng verbunden mit der SPD und über diese mit dem kapitalistischen Staatsapparat und eingeschworen auf das von den Kapitalisten diktierte „gesamtwirtschaftliche Interesse", organisierte die Niederlage der Arbeiterklasse. Ebenso beim Kampf gegen die Notstandsgesetze, beim Kampf um ein fortschrittlicheres Betriebsverfassungsgesetz.

Mit dieser Politik, mit diesen Führern können die Arbeiter nicht einmal im wirtschaftlichen Tageskampf um die Erhaltung ihres Lebensstandards bestehen, geschweige denn einen Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, um die Macht im Staat zu führen.

Aus diesen Erfahrungen muß der Schluß gezogen werden, daß alle klassenbewußten Arbeiter den Kampf aufnehmen müssen gegen die sozialdemokratische Linie der Klassenversöhnung in den Gewerkschaften, für eine konsequente gewerkschaftliche Klassenpolitik, für die Gewerkschaften als Kampforganisationen der Arbeiterklasse. Dieser Kampf kann von niemandem anders geführt werden als von den Arbeitern selbst, dieser Kampf kann nirgendwo anders geführt werden als in den Gewerkschaften!

NICHT KONZERTIERTE AKTION, SONDERN AKTIONSEINHEIT DER ARBEITERKLASSE!

WEG MIT DEN LOHNLEITLINIEN!

FÜR DIE ENTWICKLUNG DER INNERGEWERKSCHAFTLICHEN DEMOKRATIE – GEGEN DIE POLITIK DER ANPASSUNG!

Die von Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaftsspitze proklamierte Politik der „Konzertierten Aktion" hat zu nichts anderem geführt als zu Lohnabbau, Preissteigerungen, Steuererhöhungen. Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaftsspitze können sich diese Politik leisten, solange sie zwar auf Proteste und Resolutionen einzelner fortschrittlicher Gewerkschafter, aber nicht auf die geschlossene Kraft der Arbeiterklasse stoßen.

Der Politik der „Konzertierten Aktion" von Seiten der Kapitalisten muß die Aktionseinheit der Arbeiterklasse entgegengesetzt werden.

Das bedeutet das gemeinsame Handeln aller Arbeiter, ungeachtet bestehender parteipolitischer und weltanschaulicher Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten. Zu diesem Ziel müssen alle Spaltungsversuche – besonders die Antikommunismusbeschlüsse der SPD-Führer und die in dieselbe Richtung gehende „These 41" der DKP-Führer – überwunden werden. Für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse – den Spaltern keine Chance!

FÜR FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG IM BETRIEB!

SETZEN WIR DEN KAPITALISTEN DIE EINHEIT VON BETRIEBSRÄTEN, VERTRAUENSLEUTEN UND ARBEITERSCHAFT ENTGEGEN!

Eine wesentliche Aufgabe der nächsten Zeit wird es sein, starke und kämpferische Vertrauensleutekörper zu schaffen und bei den kommenden Betriebsratswahlen möglichst viele klassenbewußte Kollegen zu wählen. Kollegen, von denen sicher ist, daß sie nicht nur in Worten *vor* der Wahl, sondern auch in Taten *nach* der Wahl fest und unbeirrbar auf Seiten ihrer Kollegen stehen und deren Interessen gegen die Kapitalisten vertreten. Aber die besten Vertrauensleute, die besten Betriebsräte sind machtlos, wenn hinter ihnen nicht eine wachsame und kampfbereite Arbeiterschaft steht, die ihnen in der Auseinandersetzung den Rücken stärkt. Die Kapitalisten versuchen, durch Korruption, durch gesetzlich verankerte Schweigepflicht und andere Tricks, die Betriebsräte von der Arbeiterschaft zu spalten und zu gefügigen Werkzeugen ihrer eigenen Politik zu machen. Diese Versuche der Kapitalisten müssen durch enge Zusammenarbeit von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Arbeiterschaft verhindert werden.

Das neue Betriebsverfassungsgesetz hat – entgegen früheren Versprechungen der SPD – kaum Verbesserungen, sondern sogar einige Verschlechterungen gebracht. Aber unsere Betriebsräte und Vertrauensleute müssen lernen, auch mit diesem Gesetz zu arbeiten, es also möglichst weitgehend auszunutzen, um unsere Interessen wahrzunehmen.

Unser Ziel ist die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im Betrieb, die uns in der kapitalistischen Gesellschaft kein Gesetz bringen wird, sondern nur unser konsequent durchgeführter Kampf.

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

KÄMPFERISCHE SOLIDARITÄT ERZWINGT FRIEDEN UND DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER NATIONEN

„Die Herrschaft des Kapitals ist international. Das ist der Grund, weshalb auch der Kampf der Arbeiter aller Länder für ihre Befreiung nur dann Erfolg haben kann, wenn die Arbeiter gemeinsam gegen das internationale Kapital vorgehen." (Lenin)

Ausbeuter und Ausgebeutete, Unterdrücker und Unterdrückte stehen sich in allen Ländern der kapitalistischen Welt unversöhnlich gegenüber. Auf einer Seite mit den westdeutschen Arbeitern stehen darum die englischen Arbeiter, die in machtvollen Streiks gegen die kapitalistische Lohnpolitik kämpfen. Die spanischen und griechischen Arbeiter, die im erbitterten Kampf gegen die faschistische Terror-Herrschaft stehen. Die irischen Arbeiter, die den bewaffneten Kampf für nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus führen. Die italienischen Arbeiter, die im Kampf gegen die Repression, gegen die Gefahr eines neuen Faschismus stehen. Und auf derselben Seite steht das vietnamesische Volk, das gerade in diesen Tagen neue Erfolge über die US-Imperialisten und ihre Marionetten-Regierung erringt, die Völker von Laos und Kambodscha, die vom Imperialismus unterdrückten Völker. Und auf derselben Seite stehen die polnischen Arbeiter, die in den Streikkämpfen vom Dezember 1970 ihren Protest gegen die arbeiterfeindliche Politik der revisionistischen Partei- und Staatsführung erhoben.

PROLETARISCHE SOLIDARITÄT GEGEN RASSISMUS UND NATIONALE ÜBERHEBLICHKEIT!

WESTDEUTSCHE ARBEITER, AUSLÄNDISCHE ARBEITER – EINE ARBEITERKLASSE!

Die ausländischen Arbeiter bei uns gehören zu den am meisten ausgebeuteten Teilen der Arbeiterklasse. Die Kapitalisten nutzen die Sprachschwierigkeiten der Kollegen aus, betrügen sie beim Lohn und bei der Wohnungsvermietung. Für die westdeutschen Arbeiter kommt es darauf an, sich von den Kapitalisten nicht in die Falle des Nationalismus und die Überheblichkeit gegenüber den ausländischen Kollegen locken zu lassen, sondern die Klassensolidarität zu wahren.

Wachsender Polizeiterror

solcher Polizeieinsatz schon völlig normal; und die Bevölkerung soll es ebenso empfinden. Aber es gab „Zwischenfälle".

Sturm auf psychiatrisches Behandlungszentrum

Als die Ärzte der Psychiatrie-Gruppe am Morgen des 9. März die Abriegelung der Jügelstraße durch das auffahrende Polizeiaufgebot bemerkten, rief Dr. Leuschner bei der Universitätsverwaltung an. Er befürchtete, daß das Behandlungszentrum von der Räumungsaktion mit betroffen wird. Die Antwort, die er am Telefon erhielt, war kurz: „Ihr Haus draußen zu halten, ist jetzt zu spät." Dr. Leuschner eilte daraufhin auf die Straße, um die Polizeibeamten über das Behandlungszentrum zu informieren. Aber ein Polizeitrupp stürmte dennoch die Treppen hoch und brach die Tür zum Behandlungszentrum auf. Dr. Leuschner berichtete darüber:

„Ich rannte hinterher. Ich holte sie in der Haustür ein und wies mich als Arzt aus. Ich erklärte: im Haus seien Patienten. Die Polizisten lachten und warfen mich die Treppe hinunter. Sie brachen die Türen auf, warfen die Kranken aus den Betten und begannen systematisch, die Einrichtung zu zertrümmern. Ich fragte nach einem Durchsuchungsbefehl. Die Beamten reagierten nicht. Ich fragte den Einsatzleiter nach seinem Namen. Der lachte nur und sagte: ‚Ich heiße Schmidt-Vockenhausen'."

In einem Bericht über die Polizeiaktion schrieb die Psychiatrie-Gruppe später:

„Die Bitte, einen Anwalt rufen zu dürfen, wird verweigert. Als Bromberger (der andere Arzt; d. Red.) *sich dennoch ans Telefon setzt, wird er von Polizisten umringt. Einer schlägt ständig auf die Gabel, zwei andere schlagen B. ständig auf den Hinterkopf. Mühsam kommt ein Gespräch mit den Anwälten zustande.*

Mit heftigen Püffen in den Rücken und mit Fußtritt wird B. dann die Treppe hinuntergeschubst. Bemerkungen von B., man möge doch die Schläge unterlassen, werden mit Drohungen beantwortet: „Wenn du jetzt nicht das Maul hältst, nehmen wir dich mit nach oben in ein Zimmer und hauen dich durch." Draußen steht ein Polizeifotograf. Als B. sich gegen diesen Erkennungsdienst zu wehren sucht, indem er sein Gesicht mit dem Arm verdeckt und den Kopf abwendet, wird er gewaltsam zum Fotografen gedreht: „Von dir machen wir jetzt ein schönes Foto." Ähnlich ging es dem Medizinstudenten H. Müller; als er sein Gesicht mit dem weißen Kittel verdecken will, traktiert man ihn mit Kopf- und Kinnschlägen. Leuschner wird mit Püffen die Treppe hinuntergestoßen. Ebenso ein weiterer Patient. Alle Mitglieder der Psychiatrie-Gruppe 41, die sich in der Wohnung befanden — neun Patienten, zwei Ärzte, ein Medizinstudent, eine Krankenschwester, eine Psychologiestudentin — werden wie Kriminelle abgetastet, fotografiert und wie Vieh abtransportiert.

Als sie später in ihre drei Wohnungen zurückkommen — nur unter großen Schwierigkeiten werden sie hereingelassen — finden sie ein Chaos vor. Mit vandalistischer Zerstörungswut ist alles zusammengeschlagen worden: Schränke sind umgekippt, Schubladen herausgerissen, alle Möbel umgeworfen, Bücher zu Scheiterhaufen zusammengekehrt, darauf Apfelsinen zertrampelt; Kleider, Wäsche, Schmuck, persönliche Gegenstände durcheinandergeschmissen, wertvolle Kunstgegenstände und Plattenspieler zerstört. In den Ärztezimmern sind die Medikamentenschränke aufgebrochen, die Ampullen entwendet (auf der Pressekonferenz der Polizei wurden sie dann später als in der Jügelstraße „gefundener" Stoff vorgeführt), *andere Medikamente am Boden zertrampelt oder einkassiert."*

Den Anwälten der Ärzte und Patienten, die die Zerstörung mit eigenen Augen sehen wollten, verweigerte die Polizei zunächst den Zutritt mit der Begründung: „Wir können sie nur mit Zustimmung der Universität einlassen. Wir haben hier nämlich die Sicherung des Eigentums der ehemaligen Bewohner übernommen."

Sicherung des Eigentums der ehemaligen Bewohner! Ein zynischer Kommentar der Polizei, die dieses Eigentum der ehemaligen Bewohner gerade zerstört hat!

Den Protesten der Ärzte gegen die brutale Polizeiaktion versuchte sich Universitätspräsident Kantzenbach durch die Behauptung zu entziehen, er habe gar nicht gewußt, daß das psychiatrische Behandlungszentrum noch in der Jügelstraße sei. Die Psychiatrie-Gruppe hat dies mittlerweile in einer kurzen Dokumentation als Lüge entlarvt. Nach Beginn der Räumung hatten zwei Angestellte der Universitätskanzlei gegenüber den Ärzten auch schon offen erklärt: „Wir konnten Sie von der Polizeiaktion aus Sicherheitsgründen nicht unterrichten."



Polizeilicher Vandalismus in der Jügelstraße: Das war ein Schrank!

Rechtliche und propagandistische Absicherung der Polizei

Nachdem dieser Fall zumindest teilweise an die Öffentlichkeit geraten ist und die Ärzte und Patienten ihre Anwälte eingeschaltet haben, versucht die Polizei zum einen, sich rechtlich abzusichern. Sie behauptet: „Die Handgreiflichkeiten gingen nicht von uns aus, sondern von den Patienten und Ärzten, wenn sie sich nicht fotografieren und festnehmen lassen wollten."

Die Erfahrungen lehren, daß — wenn es zu einem Prozeß über diesen Fall kommt — die verantwortlichen Polizeileiter nichts oder nicht allzuviel zu befürchten haben. Die Polizei ist in unserem Staat stets im Rechtsvorteil und ihre Aussagen haben auch dann Gewicht, wenn sie so absurd und zynisch sind wie die obige Behauptung, daß die Ärzte und Patienten die eingedrungenen Polizisten angegriffen hätten — man höre! — weil „sie sich nicht fotografieren und festnehmen lassen wollten"! Es ist bekannt geworden, daß Frankfurter Rechtsanwälte schon dazu übergegangen sind, ihren Mandanten von Anzeigen gegen prügelnde Polizisten abzuraten, weil diese Anzeigen a) nie Erfolg haben und b) sofort in eine Gegenanzeige unter der Rubrik: „Widerstand gegen die Staatsgewalt und Beleidigung" umgepolt werden.

Ebenfalls in Frankfurt ist jüngst wieder ein Fall in dieser Richtung eingetreten. Der Rechtsanwalt Christian-Claus Baer wollte sich am 25. Februar um einen Mandanten kümmern, der festgenommen wurde und auf dem Revier zusammengeschlagen worden sein soll. Baer wurde von den Polizisten aufgefordert, die Wache wieder zu verlassen, bestand aber auf seinem Recht als Anwalt, seinen Mandanten zu sprechen. Baer berichtet dann über die weiteren Vorgänge:

„Der Wachhabende packte mich, drängte mich zur Tür und ich merkte an: ‚Wenn Sie schon so mit Rechtsanwälten umgehen, wie mag das dann erst mit anderen Bürgern sein?' ... Der Beamte brüllte, das sei eine Unterstellung, schlug mich sofort voll ins Gesicht und versetzte mir nach einer instinktiven Abwehrbewegung (‚Habt ihr gesehen, das Schwein hat mich angegriffen') einen Hagel von weiteren Schlägen und Fußtritten. Ich flog durch die Flügeltür in einen anderen Gang." Baer mußte im Krankenhaus behandelt werden: Schläge in Gesicht und Genick, Verletzungen am linken Bein und Knochensplitter im Oberkiefer. Seine Klage beantwortete die Polizei mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch, Körperverletzung und Beleidigung.

Zurück zur Polizeiaktion in der Frankfurter Jügelstraße! Die Polizei versucht zum anderen, sich propagandistisch in der Öffentlichkeit abzusichern. Wahrscheinlich war es zufällig, daß das psychiatrische Behandlungszentrum von der Polizeiaktion mit betroffen wurde. Nicht zufällig aber war die Brutalität, mit der der Polizeieinsatz durchgeführt wurde — und zwar nicht nur gegen die Ärzte und Patienten. Die Brutalität der Polizei gegenüber diesen konnte bei größerem Bekanntwerden allerdings eher nachteilig für das „Bild" der Polizei in der Bevölkerung sein, weil es sich dabei um Ärzte und Patienten handelte. Es mußte damit gerechnet werden, daß ein solcher „Zwischenfall" zu einem starken öffentlichen Protest führen könnte. Deswegen ist anzunehmen, daß die Polizeiaktion am 9. März nicht gegen das psychiatrische Behandlungszentrum gerichtet war und man im Polizeipräsidium wohl auch kaum einen solchen „Zwischenfall" erwartete. Insofern mag die „Entschuldigung" der Polizei, daß es sich um einen „Irrtum" handelte, sogar richtig sein. Andererseits darf der Vorteil eines solchen „Irrtums" nicht übersehen werden: Wie stark ist der Protest auf diesen „Zwischenfall"? Welche Fortschritte hat die ideologische Offensive der Bourgeoisie, der tägliche Ruf der Regierung und der bürgerlichen Presse nach härteren Maßnahmen des Staates, nach entschlossenem Vorgehen der Polizei gemacht? Wie weit kann der Staat in der polizeilichen Willkür schon gehen, ohne daß eine breite Protestbewegung in der Bevölkerung entsteht?



Nächtliche Verkehrskontrolle der Frankfurter Schutzpolizei mit Maschinenpistolen

Der Überfall auf das psychiatrische Behandlungszentrum ist so — ob geplant oder nicht geplant — für die Bourgeoisie ein „Testfall" über das politische Bewußtsein der Bevölkerung. Ähnlich war die Ermordung Petra Schelms im Juli vergangenen Jahres ein solcher „Testfall". Nach dem dritten politischen Mord an einem sog. Mitglied oder Sympathisanten der „Baader-Meinhof-Gruppe", nach der Erschießung Thomas Weisbeckers konnte die bürgerliche Presse sehr schnell schon zur Tagesordnung übergehen. In der „Tagesschau" am 2. März wurde die Ermordung des Genossen Weisbecker nur noch unter „ferner liefen" gesendet. Auf diese Weise soll die Bevölkerung langsam daran gewöhnt werden, daß die Bourgeoisie den politischen Mord getrost auf die Tagesordnung setzen kann.

Gegenüber den Hippies, die ebenfalls bei der Polizeiaktion am 9. März angepöbelt, geschlagen, aus ihrer Unterkunft vertrieben und auf das Polizeirevier geschleppt wurden; deren Eigentum — Matrazen, Lampen, Porzellan usw. — aus dem Fenster geworfen wurde und auf der Straße im Regen liegen blieb; deren Unterkunft unbewohnbar gemacht wurde und die sie nicht wieder betreten durften; — gegenüber den Hippies verwendete das Polizeipräsidium sicherlich keinen Gedanken über „Zurückhaltung". Im Gegenteil: die Aktion erschien gleich in mehrfacher Hinsicht nützlich für die langfristigen Pläne der Bourgeoisie.

Zum einen konnten mal wieder unzufriedene junge Menschen brutal unter Druck gesetzt werden. Zum zweiten bot sich dem Polizeiapparat eine neue Möglichkeit, die öffentliche Kriminalisierung aller Gegner des kapitalistischen Staats und die gleichzeitige weitere Gewöhnung der Bevölkerung an derartige Polizeiaktionen voranzutreiben. Zum dritten konnte eine erneute generalstabsmäßig geplante Übung zur gewaltsamen Räumung besetzter Gebäude durchgeführt werden. Und zum vierten erhoffte man sich, daß diese Aktion neue Vorwände zur Überprüfung der ständigen Einsatzfähigkeit des Polizeiapparats schaffen würde.

Gerade für die letztgenannte Absicht schien diese Aktion dem Polizeipräsidium wegen der vorausgegangenen Ereignisse (der Auseinandersetzung zwischen der Hippie-Gruppe und den Studenten, als deren Ergebnis die Studenten die besetzten Häuser

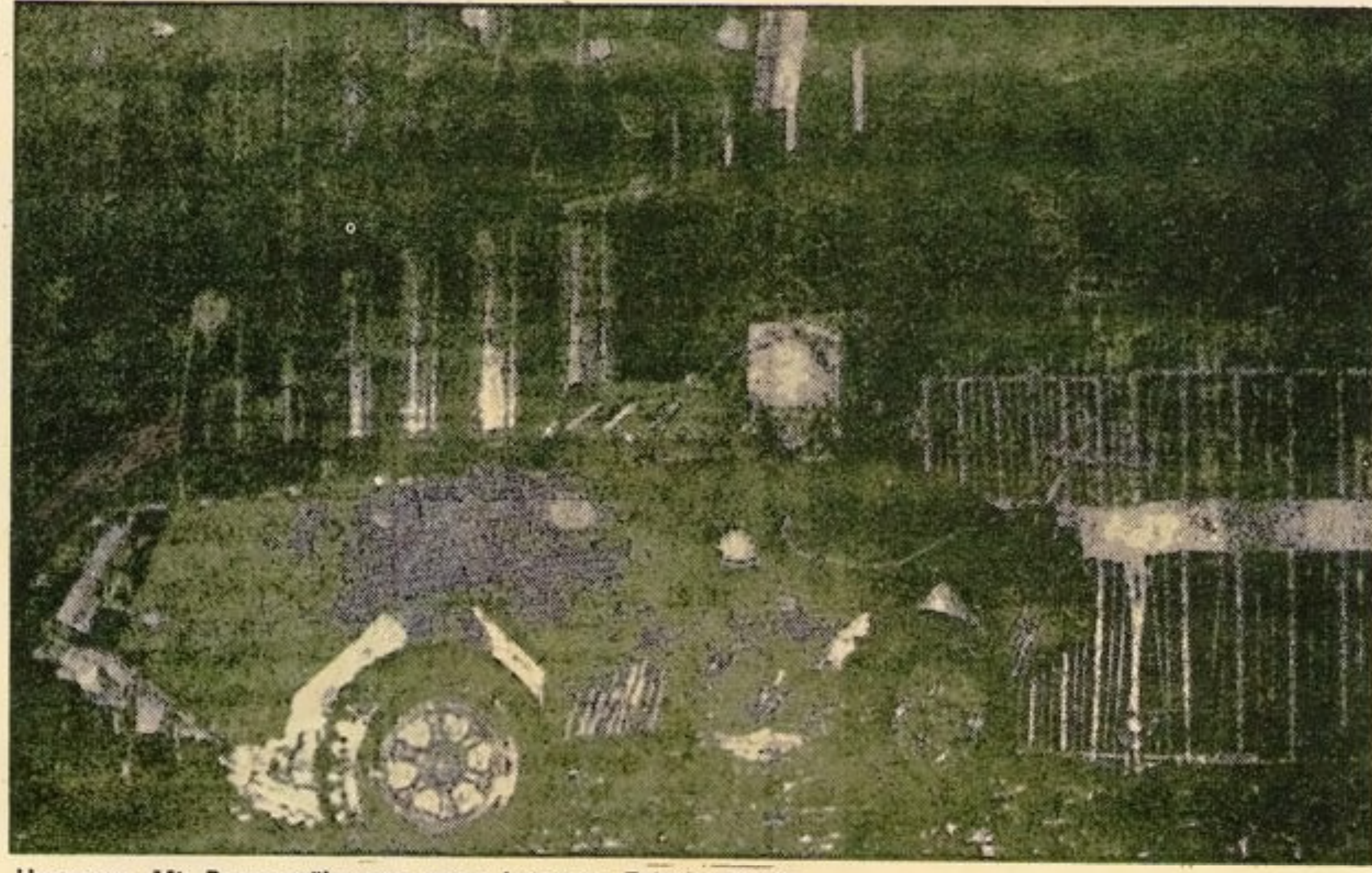
Forts. nächste Seite

ARBEITERKAMPF
Herausgeber·Druck·Verlag:
J. Reents Verlag Arbeiterkampf
2 Hamburg 13 Rutschbahn 35
Presserechtlich verantwortl.:
K. Ehlers, Hamburg
Auflage 10.000

Verlagskonten = Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents
Postscheckkonto Hamburg
240 595 J. Reents

Wachsender Polizeiterror

verließen) sehr geeignet. Die ROTE HILFE Frankfurt schrieb dazu in einer Flugschrift, daß der Universitätspräsident Kantzenbach behauptete, „die Studenten hätten ihn gebeten, die Jügelstraße nunmehr zu räumen. Welches Kalkül steht hinter dieser absurden Behauptung? Die Hippies sollten hinter dem brutalen Polizeieinsatz die Studenten sehen und gegen diese aufgehetzt werden. Sie sollten in die Häuser eindringen, die bereits von linken Gruppen besetzt sind und dort wiederum den Anlaß für neue Räumungen geben. Nachdem die Hippies als „kriminelle Elemente" diffamiert worden sind (FR), sollte es ein leichtes werden, die besetzten Häuser und die politischen Gruppen zu kriminalisieren und ‚auszuheben'. Prompt wurden dann auch alle besetzten Häuser in der Bockenheimer Landstraße außer einem durchsucht, Flugblätter und Ausweise beschlagnahmt – bei welcher Tätigkeit die Polizei mit Schnellfeuergewehren ausgestattet war."



Hannover: Mit Panzerspähwagen gegen besetztes Fabrikgebäude

Notstandsübungen

Die Polizeiaktionen, die seit einiger Zeit immer häufiger durchgeführt werden, wurden schon seit längerem theoretisch vorbereitet. In der Zeitschrift „Die Polizei" (Zentralorgan für das Sicherheits- und Ordnungswesen) vom 8. Juli 1969 wird ein aufschlußreicher Bericht über eine Polizeiübung gegeben. In der Schlußfolgerung hebt der Bericht hervor:
Ob das angegebene Übungsziel im rechten Verhältnis zum Aufwand steht, sei Nebensache, denn „in letzter Konsequenz kommt es darauf an, den Einsatzwert, die Schlagkraft und das ganze Funktionieren der Polizei zu überprüfen, und dazu sollte jeder Übungsfall recht sein, wenn er nur die gewünschte Erprobung ermöglicht."

Auch die Polizeiaktion „Kora" im Juli 71, bei der die Genossin Petra Schelm erschossen wurde, war als „Übungsfall" recht, denn er brachte als „gewünschte Erprobung" einer ***gemeinsamen Aktion mehrerer Länderpolizeien mit dem Grenzschutz unter der zentralen Leitung der „Sicherungsgruppe Bonn".***

In einem Aufsatz von Polizeirat Dietmar Markus in der Fachzeitschrift „Polizei Technik Verkehr", Sonderausgabe „20 Jahre Bereitschaftspolizeien der Länder" (1970) heißt es zu Polizeiübungen:

„Die Übungen müssen sich stärker an die heutige Wirklichkeit anlehnen. Es darf nicht geschehen, daß vom Störer Verhaltensweisen angenommen werden, die früher irgendwann tatsächlich praktiziert worden sind. Kein Terrorist, Bankräuber, Einbrecher wird gegenwärtig versuchen, sich oder sein Waffenlager im „Deutschen Wald" zu verstecken, wo schon der einzelne Pilzsammler auffällt. Erfahrungsgemäß versucht der Straftäter, in der Großstadt unterzutauchen. Auf seinem Fluchtweg wählt er auch kaum Feldwege und Nebenstraßen, sondern die nächste Autobahn."

Die Kritik von Polizeirat Markus hat mittlerweile gefruchtet. Improvisierte der Bundesgrenzschutz 1965 die Niederschlagung von Streiks noch im freien Gelände, so vergeht heute keine Woche mehr, in der nicht Räumungsaktionen, Großfahndungen, Durchsuchungsaktionen, Straßenkontrollen usw. in den Großstädten, deren Randgebieten oder an Autobahnen geprobt werden. „Gründe" findet die Polizei bekanntlich genug, um diese Übungen abzuhalten. Die Frankfurter Schutzpolizei beispielsweise, die ihr Maschinenpistolen - Arsenal erst im vergangenen Oktober auf 36 Stück (MP 5 – Dauerfeuer: 600 Schuß pro Minute) aufstockte, scheut sich nicht mehr, **jede einfache Verkehrskontrolle** wegen der „allgemeinen Zunahme der politischen Radikalisierung" und der „wachsenden Kriminalität" als MP - bewaffnete Notstandsübung durchzuführen. In der „FR" vom 4.11.71 heißt es dazu:

„Die Zugführer der Verkehrs - und der motorisierten Bereitschaft können jetzt ebenfalls – wie die Kollegen vom Überfallkommando – bei den Kontrollen über die Waffen (gemeint sind die MP 5; d. Red.) verfügen, wenn ihre Mannen dies wünschen und das Gelände ‚frei' ist. ... Bei den Verkehrskontrollen geht die Polizei jetzt so vor, daß der Maschinenpistolenschütze vor oder neben dem stoppenden Wagen postiert wird, daß vier Beamte die Fahrzeuge einwinken, einer die Papiere kontrolliert und ein weiterer Polizist die Beleuchtung, die Blinkanlage, Bremslichter und den Zustand der Reifen überprüft. ... An solchen Aktionen nehmen meistens 16 Beamte teil." (Hervorhebung durch uns; d. Red.)

In der „FR" vom 12.10.71 stellte der Kommentator Lothar Vetter schon zu Recht die Frage: „Kann der Polizeipräsident dieser Stadt zumindest einigermaßen garantieren, daß nur ausgewählte Männer zu den schweren Waffen greifen? Wer die Praxis kennt, muß dies bezweifeln." Richtig! In der gleichen Ausgabe der „FR" heißt es an anderer Stelle: „In Frankfurt kann heute praktisch jeder Polizeibeamte aufgefordert werden, aus der MP 5 – ‚mit einschiebbarer Schulterstütze' – zu feuern."

Polizeirat Markus fordert in seinem bereits zitierten Aufsatz weiter:

„Keine größere Übung ohne vorbereitende Öffentlichkeitsarbeit. Je umfassender die Unterrichtung (vor, während und nach der Veranstaltung), desto größer das Verständnis bei unseren Mitbürgern und desto stärker unsere Stellung gegenüber den Kritikern."

Auch diese goldene Regel für die propagandistische Vermittlung des wachsenden Polizeiterrors unter der Bevölkerung lernt die Polizei immer besser handhaben. Bei der Räumungsaktion in der Frankfurter Jügelstraße schilderte die Lokalpresse die Auseinandersetzung zwischen den Studenten und der Hippie - Gruppe vor der Polizeiaktion vom 9. März in einer Weise, die unbedingt „Verständnis bei unseren Mitbürgern" hervorlocken mußte. Fettgedruckte Überschrift in der „FR" am 8.3.: „Säbelschwingend und mit großem Indianergeheul"; darüber etwas kleiner: „Das Experiment Jügelstraße auf dem Uni - Campus endete mit einer Tragikkomödie / Rocker und Ausgeflippte vertrieben Studenten"; im Text u.a.: „Ein Täter soll versucht haben, den Dachstuhl in Brand zu setzen. ... In den Häusern Jügelstraße, wo jetzt nur noch Höke - Jünger residieren, haben sich schon zwei Jugendliche zu Tode gefixt, vor einigen Wochen gab es einen Raubüberfall mit Schußwaffengebrauch, und Razzien fördern regelmäßig Rauschmittel zutage."

Wer da dem Polizeieinsatz nicht zustimmt, muß entweder selbst „einer von denen" sein oder er ist „nicht ganz klar im Kopf"!? !

Eine weitere goldene Regel des Polizeirats Markus ist:

„Übungen sollten futurologisch ausgerichtet sein, d. h. sie müssen sich an der augenblicklichen Situation und Arbeitsweise des Straftäters oder Störers orientieren und jede künftig mögliche Entwicklung einkalkulieren."

Futurologisch war der Polizeieinsatz im Dezember vergangenen Jahres in Hannover. Am 8. Dezember besetzten Jugendliche ein seit mehreren Monaten leerstehendes altes Fabrikgebäude. Sie wollten dort Freizeitstätten einrichten, für die die Stadt angeblich keinen Raum zur Verfügung hatte. Eine Woche nach der Besetzung, am 14.12., rückten morgens um 4.45 Uhr ohne vorherige Ankündigung vier Hundertschaften Polizei vor das besetzte Gebäude. Insgesamt waren sogar 1 500 Polizisten auch aus anderen Bundesländern zu dieser Aktion zusammengezogen worden, die teilweise „im Hintergrund" in Alarmbereitschaft standen. Ein Panzerspähwagen wurde eingesetzt, um die Tür einzurammen und den Polizei - Mannschaften den Sturmangriff zu eröffnen.

Die Jugendlichen hatten sich alle in einem Raum versammelt und sangen gemeinsam Lieder, als die Polizei reinstürmte. Sie wurden geprügelt und rausgeschleppt. Es gab 108 Festnahmen und 10 Schwerverletzte.

Die Polizei hatte eindeutig „futurologisch" die ***gewaltsame Räumung einer von Arbeitern besetzten Fabrik geübt.*** Das zeigt zum einen die Stärke des Polizeiaufgebots. Zum zweiten: Nachdem die Polizei in das Gebäude eingedrungen war, „eroberte" sie zunächst wichtige „Schaltstellen", wie die außer Kraft befindliche Elektrizitätsanlage der Fabrik. Für eine „normale" Hausräumung war dies völlig unsinnig – vor allem, weil sich dort überhaupt keine Besetzer aufhielten.

Wie es in der oben zitierten Polizei - Zeitschrift heißt, soll eben „jeder Übungsfall recht sein, wenn er nur die gewünschten Erprobungen bringt."

In der nächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF berichten wir weiter:

- ★ wachsende Schießlust der Polizei
- ★ „Eskalation der Gewalt"?

KONTAKTADRESSEN DES KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198", tgl. 9.30 – 18,30 Uhr, Tel. 41 24 54

EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin - Großmeinsdorf

FLENSBURG: M. Göhler, 239 Flensburg, Postfach 459

FRANKFURT: D. Müller, 6232 Bad Soden, Postfach 1371, Tel. 0611 / 55 80 72, Di. 17.30 – 19 Uhr, Fr. 17 – 20 Uhr

HAMBURG: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 2 HH 13, Grindelhof 45, Tel. 45 38 01, tgl. 9 – 18.30 Uhr

OLDENBURG: D. Seidel, 29 Oldenburg, Ziegelhofstr. 37, Tel. 1 08 88, Mo. u. Mi. 17 – 18 Uhr.



Bestellschein !

Hiermit bestelle ich **Unser Weg** ab Nr. ____ zum Abonnementpreis von **DM 4,20** (6 Ausgaben incl. Porto).

Name: ________

Anschrift: ________

Beruf: ________

Absenden an:
J. Reents
2000 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Zahlung bitte im Voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 240 595 (J. Reents)

Klassenkämpfe in England



Englische Bergarbeiter stürmen das Parlament

Zwei politische Ergeignisse standen in letzter Zeit im Mittelpunkt bürgerlicher Berichterstattung über England:

- **Massenstreik der Bergarbeiter. 280 000 Kumpel kämpften mit breiter Unterstützung durch Eisenbahner, Transport - und Hafenarbeiter gegen die Lohnleitlinien (7 – 8 %) der englischen Kapitalisten. Der hervorragend organisierte Streik führte zum Erfolg: 20 % Lohnerhöhung.**
- **Klassenkampf in Nordirland. Der am meisten ausgebeutete und unterdrückte (katholische) Bevölkerungsteil Nordirlands kämpft immer entschlossener gegen die englischen Imperialisten und für „eine freie unabhängige Arbeiterrepublik Irland" (B. Devlin)**

Beide Ereignisse stehen im Zusammenhang mit der Strategie der englischen Imperialisten. Diese wollen derzeit über den Beitritt zur EWG ihr politisches und wirtschaftliches Comeback vorbereiten: Ehemals Weltmacht Nr. 1, beherrschte England ein Drittel der Erdoberfläche mit rund der Hälfte der Weltbevölkerung. Der Befreiungskampf ihrer ehemaligen Kolonialvölker und konkurrierende imperialistische Mächte (USA, Deutschland etc.) drängten die Macht Englands Schritt für Schritt zurück. Heute die niedrigsten Produktivitätsraten in Westeuropa, die am meisten veralteten Maschinen - und Produktionsanlagen zeichnen ein düsteres Zukunftsbild der englischen Kapitalisten.

Die englischen Arbeiter sollen dies jetzt ausbaden. Durch schärfere Ausbeutung, Lohndruck und zunehmende politische und gewerkschaftliche Entrechtung „ihrer" Arbeiter versuchen die Kapitalisten jetzt das Ruder herumzuwerfen und den Verfall des englischen Imperialismus aufzuhalten.

In den letzten beiden Ausgaben des „ARBEITERKAMPF" (Nr. 15 und Nr. 16) berichteten wir über die aktuellen politischen Ereignisse in England und Irland. In diesem Artikel wollen wir eine ausführlichere Darstellung der historischen Entwicklung des Imperialismus und der Arbeiterbewegung in England geben.

Der englische Imperialismus: Blüte und Niedergang

Mit Beginn der großen Seefahrt im 16. Jahrhundert entwickelte sich England zur Macht, die die Weltmeere und damit den Welthandel beherrschte. Der unter dem Decknamen des Handels organisierte Raub aller natürlichen Reichtümer Afrikas und Indiens – häufte in den Händen der englischen Banken und Handelsherren einen riesigen Reichtum an, der mit dem Blut und dem Elend von vielen Millionen Menschen bezahlt wurde.

Das Handelsmonopol erlaubte es, Preise z. T. beliebig festzusetzen und enorme Gewinne zu machen.

Die entstehende Industrie, die mit Beginn des 19. Jahrhunderts dem Handwerk Konkurrenz machte, bot neue gewinnversprechende Möglichkeiten, die aufgehäuften Gelder zu vermehren. So wurde England das Land, in dem sich zuerst der Kapitalismus, d. h. die Investition von Geld zur Ausbeutung von Arbeitern in großem Maßstab entwickelte. Um 1850 war England die führende Industriemacht geworden: 50 % der Weltproduktion wurde hier hergestellt.

Jetzt reichte der innere Markt nicht mehr aus. 1847 schreiben Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest": „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen knüpfen."

Aus dem Raubkolonialismus wurde so die organisierte Ausbeutung der Rohstoffe, insbesondere der Bodenschätze, und die Erschließung der überseeischen Gebiete als Absatzmärkte und zur Kapitalinvestition. Zu diesem Zweck wurden sie in englischen Besitz genommen, „zum Nutzen der Eingeborenen und der gesamten Zivilisation", wie es die Ideologen der britischen Imperialisten zynisch umschrieben. Die Entwicklung des Kapitalismus wird in seinen Krisen besonders stark vorangetrieben. Kleine Firmen gehen bankrott, während große Monopole unter der Kontrolle der Banken, die in ihrem Besitz Rohstoffe, Fabrikationsanlagen und Handelsgesellschaften vereinen, von Wirtschaftsschwankungen weniger berührt werden. So hatten die englischen Kapitalisten z. B. lange Zeit das Weltmonopol zur Herstellung von hochwertigem Stahl.

Die große englische Überproduktions - Krise von 1873 bildet deshalb den Wendepunkt vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus. Auch hierin ging England den anderen kapitalistischen Ländern voran.

Die Entwicklung der Monopole bringt jedoch eine Tendenz zur Stagnation (Entwicklungsstillstand) und Fäulnis des Kapitalismus mit sich. Ein Monopol hat keine Konkurrenten, setzt die Preise selbst fest und ist weniger darauf angewiesen, den wissenschaftlich - technischen Fortschritt voranzutreiben und die Herstellungskosten durch Neuinvestitionen zu verringern. Die Fabrikationsanlagen veralteten.

So entwickelten zwar die Engländer, da sie am meisten Erfahrungen auf diesem Gebiet hatten, in der Stahlproduktion die meisten technischen und wissenschaftlichen Neuerungen (z. B. die „Bessemer - Birne" und den „Siemens - Martin - Ofen"), die den Stahl verbesserten und die Herstellung produktiver machten. (Produktiv sind Methoden, bei denen immer weniger Arbeiter mit immer mehr und größeren Maschinen immer mehr produzieren.) Doch wurden diese Erkenntnisse in der britischen Stahlproduktion kaum angewandt, da die Unternehmer durch ihre Monopolstellung nicht dazu gezwungen waren.

Um so mehr machten sich Englands Konkurrenten (vor allem die USA) die Neuerungen zunutze und überflügelten die Stahlproduktion Englands bereits 1890, sowohl was die Stahlmenge angeht, als auch die Produktivität. Das englische Monopol auf diesem Gebiet war gebrochen.

Aufgrund der geringen Produktivität des Kapitals in England begannen die englischen Kapitalisten, ihr Kapital immer mehr zu exportieren und im Ausland anzulegen.

Für dieses Stadium des Kapitalismus, den Imperialismus, ist der Kapitalexport charakteristisch. Lenin sagt 1916 in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus": „Die Notwendigkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß in einigen Ländern der Kapitalismus ‚überreif' geworden ist und dem Kapital ein Spielraum für ‚rentable' Betätigung fehlt."

Die Aufteilung der Welt unter die wenigen entwickelten kapitalistischen Länder war um 1900 abgeschlossen. England hatte aufgrund seiner Vormachtstellung 1 / 3 des Erdballs mit fast der Hälfte der Weltbevölkerung unter seine Kontrolle gebracht.

Die erste größere Krise, die über England hinausgriff und die ganze kapitalistische Welt erfaßte, (1900 bis 1903) vollendete die Entwicklung des Imperialismus. Dem englischen Kapital waren inzwischen Konkurrenten erwachsen. Es begann die Periode des Konkurrenzkampfes der imperialistischen Mächte, der im 1. Weltkrieg 1914 – 1918 seinen schärfsten Ausdruck fand. England wurde neben den USA immer mehr zur zweitrangigen Macht und mußte nach und nach einen großen Teil seines Einflusses in der Welt – und damit der Extraprofite, auf denen die Funktionsfähigkeit seiner überalterten Industrie beruhte – aufgeben. Dazu kam noch die ungeheure Belastung der englischen Wirtschaft durch die riesige Militärmaschinerie, die die englischen Imperialisten nun brauchten, um im Kampf um die profitable Ausbeutung der 3. Welt mithalten zu können.

Die engl. Arbeiterbewegung

Engels schreibt in einen Brief 1858 an Marx über das englische Proletariat, daß es „faktisch mehr und mehr verbürgert, sodaß diese bürgerlichste aller Nationen es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat neben der Bourgeoisie zu besitzen. Bei einer Nation, die die ganze Welt ausbeutet, ist das allerdings gerechtfertigt."

Und in einem anderen Brief schreibt er: „Sie fragen mich, was die englischen Arbeiter von der Kolonialpolitik denken? Nun, genau dasselbe, was sie von der Politik überhaupt denken ... Es gibt hier ja keine Arbeiterpartei, es gibt nur Konservative und Liberal - Radikale, und die Arbeiter zehren flott mit von dem Weltmarkts - und Kolonialmonopol Englands."

Und Lenin formuliert in seiner Schrift „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus" am

Forts. nächste Seite

klarsten den Zusammenhang zwischen der Verbürgerlichung (Opportunismus) des englischen Proletariats und dem Kolonialmonopol Englands: „Warum liefert die Monopolstellung Englands die Erklärung für den (zeitweiligen) Sieg des Opportunismus in England? Weil durch ein Monopol Extraprofit erzielt wird, d. h. ein Profitüberschuß über den in der ganzen Welt üblichen, normalen kapitalistischen Profit. Von diesem Extraprofit können die Kapitalisten einen Teil (und durchaus keinen geringen!) verwenden, um ihre Arbeiter zu bestechen, um eine Art Bündnis (man erinnere sich an die berühmten „Allianzen" der englischen Trade - Unions (Gewerkschaften) mit ihren Unternehmern ...) der Arbeiter der betreffenden Nation mit ihren Kapitalisten gegen die übrigen Länder zu schaffen."

In der höchsten Blüte des englischen Kapitalismus und Kolonialismus um 1850 ging es den englischen Arbeitern relativ zu früher und im Verhältnis zu den Arbeiterklassen auf dem europäischen Festland besser. Eine kleine Schicht von Arbeitern aber wurde besonders privilegiert und bestochen – das waren dann auch die, die in den Führungen der seit 1824 erlaubten Trade - Unions saßen und die Politik dort bestimmten. Zu Beginn des 19ten Jahrhunderts wurde die englische Arbeiterklasse noch bis aufs Blut ausgepreßt und lebte unter dem Existenzminimum. Zu dieser Zeit waren ihre Gewerkschaften noch illegale revolutionäre Organisationen. Später entwickelten sie sich durch die Zugeständnisse und Bestechungsgelder der Bourgeoisie zu reformistischen Organisationen der Klassenversöhnung. Ihre Führer waren so hochnäsig, daß sie es ablehnten, in die Gewerkschaften ungelernte Arbeiter mit aufzunehmen.

Doch das Abbröckeln der Macht der englischen Imperialisten wirkte sich auch auf den Lebensstandard der Arbeiter aus. Engels sah diese Entwicklung bereits 1892 voraus: „Mit dem Zusammenbruch des Industriemonopols wird die englische Arbeiterklasse diese bevorrechtigte Stellung verlieren."

Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne und wachsendes Elend – das war die Lage der Mehrheit der englischen Arbeiter vor dem Ersten Weltkrieg. In dieser Zeit verlor auch der Opportunismus an Einfluß und die Arbeiterbewegung nahm einen neuen revolutionären Aufschwung.

Unter dem Eindruck der Revolution von 1905 / 07 in Rußland gründeten revolutionäre Arbeiter in den englischen Betrieben Gruppen sogenannter Shop Stewards (gewerkschaftliche Vertrauensleute) als Opposition zu den reaktionären Gewerkschaftsführungen.

Nach dem 1. Weltkrieg organisierten die Shop Stewards, begeistert von der Revolution der russischen Arbeiter und Bauern unter der Losung „Hände weg von Sowjetrußland" die „Bewegung zur Verteidigung Sowjetrußlands."

Die Lebenslage der englischen Arbeiter verschlechterte sich nach dem 1. Weltkrieg rapide, nachdem die englischen Imperialisten ihre Vormachtstellung auf dem Weltmarkt verloren hatten. Zwischen 1920 und 1940 hatte jeder 10te Arbeiter keine Beschäftigung. In der schlimmsten Zeit der Weltwirtschaftskrise stieg die Arbeitslosigkeit in einigen Industriezweigen sogar auf 35 % (Bergarbeiter), 48 % (Stahlarbeiter) und 62 % (Werftarbeiter)!

Die Zahl der organisierten Gewerkschafter stieg in dieser Zeit rapide an: 1900 waren es 1,9 Millionen, 1921 bereits 6,4 Millionen.

Die englische Streikbewegung fand 1926 ihren Höhepunkt in dem mächtigen Streik der Bergarbeiter: 5 Millionen Arbeiter solidarisierten sich in einem Generalstreik mit ihnen.

Der englische Imperialismus: abgewirtschaftet

Die Probleme des englischen Imperialismus sind auch nach dem 2. Weltkrieg die gleichen geblieben, sie haben sich nur außerordentlich verschärft.

Niedrige Produktivität: Sie ist niedriger als in jedem anderen kapitalistischen Land. Nur die USA liegen bei einer ähnlich geringen Wachstumsrate. Gerade daran wird der Zusammenhang zwischen der Monopolstellung auf dem Weltmarkt und der Hemmung der Produktivkräfte besonders deutlich.

Niedrige Investitionsrate und hoher Kapitalexport: Wegen der zu geringen Produktivität ihres Kapitals in England selbst investieren es die englischen Kapitalisten lieber im Ausland. Als Kapitalexporteur steht England hinter den USA an zweiter Stelle in der Welt.

Niedriger Warenexport: Ein Großteil der englischen Waren ist – weil mit veralteten Methoden produziert – teurer als vergleichbare aus Europa und damit auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. So fiel Englands Warenexportanteil immer mehr zurück. Die westdeutschen Kapitalisten z. B. konnten ihren Warenexport zwischen den 50er und 60er Jahren dreimal so schnell steigern wie die englischen.



Arbeitslose Engländer

Labour-Party soll den Karren aus dem Dreck ziehen:

Aus dieser Klemme sollte den englischen Kapitalisten die Labourparty (die englischen Sozialdemokraten) heraushelfen.

Die wichtigste Aufgabe, die die Labourregierung, die 64 gewählt worden war, von den Kapitalisten aufbekommen hatte, bestand kurz gesagt in folgendem: den Lebensstandard der Arbeiterklasse zu drücken. Denn das ist für die englischen Kapitalisten die einzige Möglichkeit, ihre Konkurrenzfähigkeit zu verbessern, um damit in Zukunft in der Weltpolitik wieder ein Wort mitreden zu können. Das, was wir 1966 / 67 hier in der BRD erlebten, spielte sich in England bereits 1964 ab: Um ihre sinkenden Profite durch einen Generalangriff auf die Lebenslage der Arbeiterklasse zu sanieren, setzten die Unternehmer auf die Sozialdemokraten. Diese hatten bei breiten Teilen der Arbeiterklasse wesentlich mehr Vertrauen als die konservativen Tories. Dies war eine gute Grundlage um die notwendigen arbeiterfeindlichen Maßnahmen durchzusetzen und gleichzeitig Abwehrmaßnahmen, wie etwa Streiks, der Arbeiter zu verhindern.

Die englischen Arbeiter und Angestellten hatten nämlich in den Jahren davor bereits deutlich gezeigt, daß sie entschlossen waren, die Angriffe auf ihre Lebenslage und ihre politischen Rechte zurückzu kämpfen: Die Zahl der Streiks stieg von 1 993 im Jahr 59 auf 2 832 im Jahr 60.

Die Labour - Regierung kam – kaum war sie ein Jahr an der Regierung – den Kapitalistenwünschen schnell nach: 1965 setzte sie Lohnleitlinien fest, die bei 3 – 3,5 % lagen! Als sich aber ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten 1965 und 1966 höhere Löhne als vorgesehen erkämpft hatte, griff die Labourführung, von den Kapitalisten gedrängt, zu härteren Methoden: Sie verkündete im Juli 66 einen „Lohn- und Preisstop" und erreichte damit, daß die Löhne in den Jahren 66 / 67 nicht mehr als durchschnittlich um 3,5 % stiegen. Bezeichnend ist, daß die Produktivität eben in diesen beiden Jahren mehr als doppelt so stark stieg, als in den Jahren davor!

Auch in anderen Punkten brachte die sozialdemokratische Regierungsperiode für die englische Arbeiterklasse keine Verbesserung, sondern sogar Verschlechterungen:

- Die werktätigen Frauen (40 % der Lohnabhängigen) verdienen seit Jahrzehnten durchschnittlich nur halb so viel wie ihre männlichen Kollegen. Abgesehen von der Konkurrenz, die so zwischen Männern und Frauen geschürt wird, stellt dies einen allgemeinen Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiterfamilien dar, in denen die Frauen gezwungen sind, mitzuverdienen.

Klassenkämpfe

- Aufgrund der immer weiter steigenden Lebenshaltungskosten sind die englischen Arbeiter gezwungen, obwohl die tariflich vereinbarte Arbeitszeit ständig abgenommen hat, immer noch genau so lange zu arbeiten, wie vor 25 Jahren: im Baugewerbe rund 47,5, im Transportwesen 49, im Bergbau sogar 51 Wochenstunden.
- Nur 14 % der Arbeiter haben im Jahr mehr als 16 Tage Urlaub! Die übergroße Mehrheit – nämlich 86 % – haben im Jahr weniger als 16 gesetzliche Urlaubstage.

Sozialdemokratische Regierung enttäuscht englische Arbeiter

Diese Bilanz sozialdemokratischer Politik hat die Hoffnung der breiten Massen, die 64 Labour wählten, gründlich enttäuscht. (Diese Enttäuschung führte nicht zuletzt 1970 den reaktionären Tories die für ihren Wahlsieg entscheidenden Stimmen aus der Arbeiterklasse zu.) Doch der größere Teil der Arbeiter und Angestellten entwickelte aus dieser Erfahrung in den 60er Jahren eine breite innergewerkschaftliche Oppositionsbewegung. Die Führungen der Gewerkschaften hatten natürlich versucht, die klassenversöhnlerische Politik der Labour - Regierung in der Mitgliedschaft durchzusetzen. (Die Leitung des TUC (Dachverband der größten und wichtigsten Gewerkschaften) hatte sich z. B. mit dem Lohn- und Preisstop einverstanden erklärt.) Bei diesem Versuch aber waren sie baden gegangen. Im Gegenteil, sie mußten auf dem Gewerkschaftskongreß 69 sogar mitansehen, wie die Delegierten eine Resolution gegen die „Einkommenspolitik" der Labour - Regierung verabschiedeten.

Während es die Labour - Regierung zu Anfang ihrer Regierungsperiode mit Hilfe der Gewerkschaftsführungen noch geschafft hatte, die Arbeiterklasse häufig von notwendigen Kämpfen abzuhalten und damit zur Zufriedenheit der Kapitalisten „funktioniert" hatte, wurde es im Verlauf der 60er Jahre immer schwieriger, die Arbeiter an der Nase herumzuführen. Die Zahl der Streiks stieg von 1 937 (die niedrigste Zahl seit 1955) in Jahr 66 auf 2 378 (68) und auf 3 906 (70).

Reformismus – Schwäche der englischen Arbeiterbewegung

In der englischen Arbeiterbewegung hat sich Reformismus und ständisches Arbeiteraristokratentum viel früher und viel gründlicher verankert, als in anderen Ländern, deren Kapitalisten nicht in der Lage waren, ihre Arbeiterklasse in dem Maße mit Extraprofiten zu bestechen. Heute noch – wo für die breite Masse des Proletariats die Tatsache der Bestechung längst nicht mehr gegeben ist – findet sich immer noch der Hang zu reformistischen Illusionen und zu zünftlerischer Beschränktheit. Konzentrierter Ausdruck dafür ist die Tatsache, daß es in England 574 (!) Einzelgewerkschaften gibt, von denen wiederum nur 170 dem Dachverband TUC angeschlossen sind! Die kleinste dieser dem TUC angeschlossenen Gewerkschaften ist die Gewerkschaft der jüdischen Bäcker Londons; sie umfaßt ganze 32 (!) Mitglieder. Eine haarsträubende Konkurrenz der verschiedenen Gewerkschaftsleitungen um Mitglieder ist nicht selten. Der „Spiegel" beschrieb 1969 einen solchen Fall: „So mußten beispielsweise 13 000 Arbeiter der Firma „Stewarts and Lloyd" in Corby tagelang pausieren, weil zwei Gewerkschaften darüber stritten, welcher Zunft 18 junge Männer angehören müßten, die an 6 verschiedenen Maschinen einer hochmodernen Röhrenfabrikationsanlage die beiden Knöpfe „Start" und „Stop" bedienten."

Neben der gewerkschaftlichen Zersplitterung macht noch ein zweiter Mangel die relative Schwäche der englischen Arbeiterbewegung aus: die Schwäche der kommunistischen Bewegung. Zwar gibt es eine Kommunistische Partei Englands (CP), aber sie ist neben der Tatsache, daß sie längst eine revolutionäre Politik aufgegeben hat, schon rein zahlenmäßig außerordentlich schwach: Bei nur 35 000 Mitgliedern brachte sie es in den letzten Jahren auf nicht mehr als auf 40 000 Wähler. Ganze 5 000 Menschen außerhalb der Partei gaben ihr ihre Stimme. Auch an der Auflagenhöhe der Zeitung der CP läßt sich ihr geringer Einfluß ablesen: Bei einer Auflage von 50 000 kommt der „Morning Star" kaum über ein parteiinternes Informationsblatt hinaus. Die CP verlor wohl gerade in der letzten Zeit der verschärften Klassenauseinandersetzungen vor allem deshalb an Einfluß, weil sie mit ihrer Strategie der „linken Kandidaten" zunehmend in Widerspruch zu ihrer Anhängerschaft geriet. Die „Strategie der linken Kandidaten" besteht nämlich darin, „strategisch wichtige Positionen" – mit CP - Leuten zu besetzen und um jeden Preis auch zu halten – sogar um den Preis des Verzichts auf eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse. Ein typisches Beispiel für diese Politik ist Lawrence Daly, ehemaliges CP - Mitglied, jetziger Generalsekretär der Bergarbeitergewerkschaft. Er forderte die streikenden Bergarbeiter 69 zusammen mit dem Vorsitzenden der staatlichen Kohlenbehörde, Lord Robens, auf, wieder an ihre Arbeit zu gehen, nachdem diese sich gerade für die Weiterführung des Kampfes entschieden hatten. Die streikenden Bergarbeiter forderten darauf empört seinen Rücktritt. Nach einer Gewerkschaftsversammlung mußte er durch einen Polizeikordon vor den aufgebrachten Arbeitern geschützt werden. In der Resolution, die sie zu ihrem Streik verabschiedeten, schrieben sie: „Wir wählten Lawrence Daly auf der Grundlage eines Programms, das eine sozialistische Energiepolitik enthielt, verbunden mit ... höheren Löhnen und der 40 - Stunden - Woche für Tageslohnarbeiter, 3 Wochen Urlaub im Jahr, bessere Renten, Krankheitsgeld und Sicherheitsmaßnahmen ... Und Lawrence, was ist geschehen? ... Hast du so schnell aufgegeben? " Die Bergarbeiter versuchten in ihrer Resolution auch zu begründen, woran es lag, daß Daly so schnell aufgegeben hatte: „Dieses Mal vermuten wir nicht so sehr Korruption, als fortschreitende Arterienverkalkung." Aber das ist natürlich, auch wenn es ironisch gemeint war, eine ganz falsche Einschät-

in England

zung. Nicht an individuellen Mängeln oder Fehlern der einzelnen Gewerkschaftsführer liegt es, daß die Arbeiter immer wieder (sei es nun in England oder in der BRD) von ihnen in die Sackgasse geführt werden, sondern an der, für diesen Teil der Arbeiterklasse immer noch bestehenden Bestechung durch Extraprofite. Solange es den Imperialismus gibt, wird es auch eine Arbeiteraristokratie geben, die von der Bourgeoisie ausgehalten wird und dafür die Aufgabe übernimmt, die Arbeiterklasse von der Revolution abzuhalten. (In den letzten Jahrzehnten wird leider immer klarer, daß die verschiedenen revisionistischen KP's in Westeuropa sich geradezu in diese Rolle drängen.) Die Erklärung der englischen Bergarbeiter für das Umfallen von Daly zeigt, daß die Arbeiterklasse in England sich noch keine Führung herausgebildet hat, die ihre Kämpfe auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Analyse der englischen Klassenverhältnisse einheitlich führen und zum Erfolg bringen kann.

Antistreikgesetze: von der Labour-Regierung vorbereitet...

Die englischen Kapitalisten wollen die derzeitige politische Schwäche der Arbeiterbewegung ausnutzen und die relativ hohe Streikbereitschaft durch ein „Anti-Streikgesetz" einschränken. Einen entsprechenden Entwurf legte die Labour-Regierung 69 dem Unterhaus vor. Es sah eine „Abkühlungsperiode" von 28 Tagen vor Beginn jedes Streiks vor und setzte empfindliche Geldstrafen fest für den Fall, daß diese Frist nicht eingehalten oder daß „wilde Streiks" durchgeführt werden sollten. Damit sollte eine bereits 1906 erkämpfte Entscheidung des Unterhauses, daß Gewerkschaften, die einen Streik ausrufen, nicht zu Schadensersatzforderungen herangezogen werden können, außer Kraft gesetzt werden.

Diesen bedeutenden Angriff der Kapitalisten auf die Organisationen der englischen Arbeiterklasse beantworteten die Arbeiter und Angestellten mit einer breiten Protestbewegung in den Betrieben. Sie bildeten ein „liaison comittee for the defence of trade unions" (Komitee für die Verteidigung der Gewerkschaften), das in nationalen Rahmen die Protestbewegung in den Betrieben organisierte. Am 27. 2. 69 rief das Komitee einen Streik gegen die Gesetzesvorlage aus, den 200 000 Arbeiter befolgten. Am 1. Mai 69 (kein Feiertag in England) traten die Mitglieder mehrerer Gewerkschaften zum ersten Mal seit 43 Jahren in einen politischen Streik und veranstalteten Demonstrationen.

Die Quittung bekam die Labourregierung im Mai 69 bei den Kommunalwahlen: sie verlor insgesamt 600 Sitze in den Gemeindeparlamenten, in Schottland zogen das erste Mal seit 35 Jahren die Konservativen als Mehrheit ins Parlament ein.

Damit war klar: die Labourparty hatte mit ihrer Politik im Auftrag der Kapitalisten das verloren, was sie für die Kapitalisten allein interessant gemacht hatte: Das Vertrauen großer Teile der Arbeiterklasse. Der Labourregierung blieb im Hinblick auf die nächsten Unterhauswahlen nichts anderes übrig, als zurückzustecken: Mitte Juni 69 zog Premierminister Wilson den Gesetzentwurf zurück. Für die Kapitalisten hatte er, was den für sie langfristig wichtigsten Angriff auf die Arbeiterklasse anging, versagt.

Die Unterhauswahlen 1970 gewannen dann die reaktionären Tories mit 46,4 % der abgegebenen Stimmen (1966 hatten sie 41,9 % bekommen). Die Labourparty unterlag mit 43 % (1966 waren es 48 %).

...von den Tories durchgesetzt

Die Tory-Regierung führte das Regierungsgeschäft im Sinne der Kapitalisten weiter: 1970 legte sie eine Neuauflage des arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsgesetzes vor, das sich in seinen wesentlichen Punkten nicht geändert hatte. Es war im Gegenteil wesentlich verschärft worden:

- Während die Gewerkschaften bisher rechtlich nicht verpflichtet werden konnten, einmal ausgehandelte Vereinbarungen auch einzuhalten, sondern jederzeit neu in den Kampf treten konnten, sieht das neue Gesetz vor, die Abkommen rechtlich bindend zu machen. Bei Bruch der Vereinbarungen drohen den Gewerkschaften in Zukunft – wie bei uns in der BRD schon lange – hohe Schadensersatzforderungen.

- In Zukunft werden staatliche Stellen mitbestimmen, wie die Gewerkschaften sich zu organisieren haben (welche Rechte z. B. die Mitglieder haben, wie Beschlüsse zustande kommen usw.): Die Gewerkschaften müssen sich in Zukunft bei einer staatlichen Registrierstelle registrieren lassen. Ob sie in das Register aufgenommen werden, hängt davon ab, ob ihre Satzung genehmigt wird oder nicht. Wenn sie aber nicht registriert sind, müssen sie, erstens Steuern zahlen (Gewerkschaften sind in England bisher vom Steuerzahlen befreit gewesen). Zweitens aber, und das ist eine viel weitergehende politische und finanzielle Erpressung, genießen sie nicht mehr die 1906 erkämpfte Immunität bei Arbeitskämpfen, sondern können bei jedem Streik schadensersatzpflichtig gemacht werden.

Gerade der letzte Punkt dient dazu, vor allem die Shop Stewards und die sich um sie gruppierenden Betrieb struppen, die in den letzten Jahren der Labourregierung die Träger sowohl der Arbeitskämpfe, als auch der Protestbewegung gegen die Gewerkschaftsgesetze gewesen waren, in den Griff zu bekommen: die Shop Stewards sollen stärker in den Gewerkschaftsapparat eingegliedert und die Rechte der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre ihnen gegenüber sollen gestärkt werden.



Polizei und Streikposten stehen sich vor einer Kohlengrube in der Nähe von Birmingham gegenüber

Die Tories setzten dieses Gesetz durch, trotz großer Protestaktionen der Arbeiterklasse. Eine halbe Million Arbeiter beteiligten sich an einem politischen Massenstreik im November 70. 140 000 Arbeiter und Angestellte marschierten im Februar 71 in einem 12 km langen Zug durch die Londoner City.

Der Kampf wird nun auf der betrieblichen Ebene weitergehen, wenn die Kapitalisten dort versuchen, das Gesetz in die Wirklichkeit umzusetzen. Ein Testfall – inwieweit es die Tories schaffen, ihren harten, arbeiterfeindlichen Kurs durchzusetzen – war der Bergarbeiterstreik im Januar und Februar dieses Jahres. Dieser Testfall ist für sie negativ ausgefallen. Sie haben es nicht geschafft, ihre Lohnleitlinien von 7 – 8 % durchzusetzen.

Kapitalistenklasse plant langfristig

Die englische Kapitalistenklasse bereitet langfristig ihr Come-back in der Weltpolitik vor. Die ersten Schritte auf diesem Weg sind bereits getan, die Arbeiterklasse konnte sie bisher nicht verhindern.

- Die Gewerkschaftsgesetze sind in Kraft und bieten die rechtliche Handhabe, die Arbeiterbewegung zu knebeln und zu fesseln. Die englische Arbeiterklasse hat mit diesen Gesetzen Rechte, die heute 65 Jahre alt sind, eingebüßt. (Immunität der Gewerkschaften bei Arbeitskämpfen).

- Die Labourregierungsperiode hat eine Zeit lang zu sehr geringen Lohnerhöhungen geführt, da die Mehrheit der Arbeiter sich im Bewußtsein, das sei „ihre" Regierung, zurückgehalten haben.

- Die jetzige Tory-Regierung kann, da sie nicht in dem Maße, wie die Labour-Führung, auf eine Wählerschaft aus dem Proletariat Rücksicht nehmen muß, viel offener arbeiterfeindlich vorgehen.

- Das wiederum gibt der Labour-Führung die Möglichkeit, sich lautstark als „linke" Alternative herauszustreichen. (Während des Bergarbeiterstreiks ergriff sie mit „kämpferischen" Reden Partei für die Streikenden.) Damit versucht sie, die in der Arbeiterklasse keimende Oppositionsbewegung aufzufangen und auf ihre sozialdemokratisch-reformistischen Mühlen zu leiten.

Was die Kapitalisten nicht durchsetzen konnten, sind die Lohnleitlinien von 7 – 8 %, auf die sie sich im Rahmen der EWG-Verhandlungen den anderen kapitalistischen Staaten gegenüber verpflichtet haben.

Eine wesentliche Stärke der englischen Arbeiterbewegung ist die breite Sympathie und Unterstützung, die sie bei der Mehrheit des englischen Volkes genießt.

Laut Umfrage des „Daily Telegraph" standen 55 % der Bevölkerung hinter dem Streik der Bergarbeiter, obwohl die Tory-Regierung durch die sehr erheblichen Stromsperren massiv versucht hatte, den Streik unbeliebt zu machen.

Im Gegensatz zur BRD werden es die Faschisten in England weit schwerer haben, eine Basis zu finden. Die „Welt" schrieb am 15. 2. 72 zum Bergarbeiterstreik: „Die Regierung muß in einer solchen Krise die nationalen Kräfte mobilisieren und den Krisenzustand mit politischen Mitteln beseitigen. Aber empfinden die Staatsbürger in diesem Fall gemeinsam mit der konservativen Regierung die Notlage als einen nationalen Notstand, in dem kollektive Disziplin geübt und der Exekutive ein Vertrauenskredit für die Handhabung des Notstandsgesetzes gewährt werden muß, gleichgültig, was der einzelne über ihre Politik und ihre 'Partei denkt?" Diese Frage danach, ob die Möglichkeit besteht, einen Teil der Bevölkerung gegen die Bergarbeiter aufzuhetzen, muß die „Welt" selbst verneinen und schließt daraus: „Der Partner England ist nicht handlungsfähig."

Die englischen Kapitalisten müssen aber „handlungsfähig" sein, wollen sie ihr geplantes Come-back verwirklichen. Und das Ausrufen des Notstandes während des Bergarbeiterstreiks zeigt ja auch, daß die Kapitalisten noch über ganz andere Mittel verfügen, als es Gewerkschaftsgesetze und Lohnleitlinien sind.

Kommunistische Partei notwendig

Der Kapitalistenklasse steht der ganze Staatsapparat, die Polizei- und Militärmaschine, der Justizapparat und die bürgerlichen Parteien zur Verfügung – und sie wird auch nicht zögern, diese Mittel gegen die Arbeiterklasse einzusetzen.

Die Arbeiterklasse braucht deshalb eine eigene, vom bürgerlichen Staat unabhängige und gegen die bürgerliche Ideologie der Klassenversöhnung kämpfende Klassenorganisation – die Kommunistische Partei. Ein erneuter revolutionärer Aufschwung der englischen Arbeiterbewegung wird entscheidend davon abhängen, ob es der Arbeiterklasse gelingt, den Reformismus zurückzukämpfen und ihre kommunistische Partei aufzubauen.

Gefahr eines ne

Fortsetzung aus Arbeiterkampf 16

Der „Arbeiterkampf" will in einer Artikelfolge seinen Standpunkt zur Gefahr eines neuen Faschismus darstellen. Um zu einer Begriffsbestimmung des Faschismus zu gelangen, sind wir in der letzten Zeitung etwas näher auf die Entwicklung des Faschismus in Italien und Deutschland eingegangen.

Als Merkmale dieses „klassischen" Faschismus sind festzuhalten:

- kleinbürgerliche Massenbewegung, die ihre unmittelbaren Wurzeln in der Nachkriegsperiode und in der Verelendung kleinbürgerlicher Schichten durch die kapitalistischen Krisen hat
- Übertragung der Regierungsgeschäfte der Kapitalistenklasse an die Faschisten in einer Situation tiefer wirtschaftlicher Krise, sozialer Spannungen und außenpolitischer Schwäche
- Völlige Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch Verbot ihrer Organisationen, Ermordung oder Einkerkerung ihrer Führer
- totale Herrschaft der Kapitalistenklasse und Entrechtung der Arbeiterklasse durch Auflösung der Betriebsräte, arbeiterfeindliche Gesetzgebung, Aufhebung der Tarif - Freiheit der Arbeiter und stattdessen Lohnstop bis hin zu nicht mehr verschleierten Formen der Zwangsarbeit
- Aufhebung der „normalen" demokratischen Rechte wie Pressefreiheit, Demonstrationsfreiheit, Redefreiheit. Auflösung sogar der nicht - faschistischen bürgerlichen Parteien
- erklärt anti - demokratische Ideologie. Extremer Nationalismus und Rassismus (besonders Anti - Semitismus)
- agressive Außenpolitik, die zwangsläufig zum Krieg führt.

Daneben werden oft auch einige nicht - „klassische" Formen reaktionärer Terrorherrschaft als Faschismus bezeichnet, obwohl sie den genannten Merkmalen nicht 100 %ig entsprechen. So vor allem die Regimes in Spanien, Griechenland, Portugal, Türkei, Südafrika.

Diese Bezeichnung ist allerdings umstritten. Die trotzkistische Zeitung „Was tun?" z. B. hat vor einiger Zeit darüber argumentiert, ob das Regime in Griechenland überhaupt faschistisch ist, da es ja nicht durch eine kleinbürgerliche Massenbewegung, sondern durch einen Militärputsch, unterstützt vom US - Geheimdienst CIA, an die Regierung gekommen ist.

Zweifellos im „klassischen" Sinne, wenn die Existenz einer kleinbürgerlichen Massenbewegung zur Voraussetzung gemacht wird, besteht in Griechenland kein Faschismus.

Diese Fragestellung erscheint uns jedoch als bloße akademische Spielerei ohne praktischen Nutzen. Viele Gründe sprechen dafür, daß es einen Faschismus in der „klassischen", sozusagen lupenreinen und höchsten intellektuellen Ansprüchen genügenden Form gar nicht wieder geben kann. Man braucht z. B. nur daran zu denken, welche Rolle die Situation nach dem 1. imperialistischen Weltkrieg und später die kapitalistische „Weltwirtschaftskrise" (1929 – Mitte der 30er Jahre) für das Entstehen der faschistischen Massenbewegung aus dem Kleinbürgertum heraus gespielt haben, um die Unwahrscheinlichkeit einer exakten Wiederholung einzusehen. Ebenso ist ein eng nationalistischer Faschismus heute nicht mehr wahrscheinlich.

Hieraus folgt unserer Meinung nach nicht, daß es überhaupt keinen Faschismus mehr geben wird, sondern vielmehr, daß der Faschismus neue Formen annehmen könnte, die von denen des „klassischen" Faschismus in einigen Punkten abweichen, aber gleich sind im wesentlichen Punkt: totale und grausamste Terrorherrschaft der Kapitalistenklasse, Zerschlagung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung.

Gegen die Möglichkeit eines neuen Faschismus als aktuelle Gefahr werden von einigen Gruppen im wesentlichen die folgenden Argumente angeführt:

- 1.) Es existiert keine kleinbürgerliche Massenbewegung als Basis eines neuen Faschismus.
- 2.) Die Bourgeoisie überträgt den Faschisten nur dann die Regierung, wenn sie durch eine erhebliche Stärke der Arbeiterklasse dazu „gezwungen" wird. Da die Arbeiterklasse gegenwärtig den Kapitalismus nicht akut bedroht, ist die Bourgeoisie noch nicht dazu „gezwungen", zum Faschismus überzugehen.
- 3.) Internationale Entwicklungen, wie etwa die „europäische Integration" (EWG, NATO u. a.), machen den Nationalismus als Grundlage des Faschismus unwahrscheinlich.

Gehen wir auf diese Argumente näher ein.

Was die Frage der Massenbewegung betrifft, so gibt es zwei Hauptrichtungen: die eine behauptet, daß es gegenwärtig noch keine Massenbewegung, und daher keine aktuelle faschistische Gefahr gibt. Die zweite bestreitet, daß es überhaupt noch eine faschistische Massenbewegung geben kann, da angeblich dafür die gesellschaftliche Basis fehlt. Für die letztere Argumentation mag das folgende typische Zitat der Genossen vom ehemaligen KB / ML Westberlin gelten:

„... *die mögliche Massenbasis einer faschistischen Bewegung ist mit den traditionellen Mittelklassen des Kleinbürger - und Bauerntums im Schwinden begriffen aufgrund der objektiven kapitalistischen Entwicklung*".

Weil die traditionellen Mittelklassen – Kleinhändler, Handwerker, Bauern – vom Kapitalismus aufgerieben werden, hat der Faschismus nach Meinung der Westberliner Genossen keine Basis und damit wohl auch keine Chancen mehr.

Allerdings irren sich die Genossen bereits, was die Massenbasis des „klassischen" Faschismus angeht. Eine exakte Betrachtung hätte den Genossen zeigen können, daß die traditionellen Mittelschichten gar nicht die hauptsächliche oder gar ausschließliche soziale Basis des „klassischen" Faschismus gewesen sind. Zum Vergleich führen wir die folgende Aufstellung an, die die prozentuale Zusammenfassung der NSDAP - Mitgliedschaft zeigt (nach David Schoenbaum, Hitler's Social Revolution). Zu beachten ist, daß unter dem erstaunlich starken Posten „Arbeiter" auch solche Lohnabhängige aufgeführt sind, die den „neuen Mittelklassen" zuzurechnen sind (technische Intelligenz, Arbeiteraristokratie).

	1930	1933
Arbeiter	26,3	31,5
Angestellte	24,0	21,2
„Unabhängige" (Kleinbürger)	18,9	17,6
Beamte	7,7	6,7
Bauern	13,2	12,6

In den „neuen Mittelklassen", die mit der objektiven kapitalistischen Entwicklung im Zunehmen sind, besteht die mögliche Massenbasis eines neuen Faschismus.

Könnte der Faschismus bereits gegenwärtig auf diese Massenbasis zurückgreifen? Gibt es eine faschistische Massenbewegung? Offenbar nicht in dem Sinne, daß sich breite kleinbürgerliche Schichten militant gegen die Arbeiterklasse mobilisieren ließen, etwa in Art der faschistischen „squadre" Mussolinis in Italien oder der nazistischen SA in Deutschland (bzw. ihres Vorläufers, der reaktionären „Freikorps"). Zwar gibt es in einem Land mit entwickelteren Klassenkämpfen – wie Italien – Ansätze eines neuen „Squadrismo" – Bildung faschistischer Schläger - und Terrortrupps –, dem in der Bundesrepublik auf bedeutend niedrigerem Niveau die „Aktion Widerstand", konspirative bewaffnete faschistische Zellen und bestimmte Tendenzen innerhalb der NPD entsprechen. Die Herausbildung einer solchen offen terroristischen Strömung innerhalb der extremen Rechten verdient volle Aufmerksamkeit und Wachsamkeit. Von einer faschistischen M a s s e n bewegung kann allerdings nicht gesprochen werden. Diese Gruppierungen werden von der Bourgeoisie benutzt, um Provokationen gegen die Arbeiterbewegung durchzuführen, während die Bourgeoisie sich von ihnen gleichzeitig scheinheilig „distanziert", um die Behauptung von den „Radikalen von Rechts und Links" aufrechtzuerhalten, gegen die angeblich die Bourgeoisie die „demokratische Ordnung" verteidigt.

Viel wichtiger ist aber, daß eine Partei wie die CDU / CSU mit unverkennbarer faschistischer Tendenz, eine erhebliche Massenbasis hat, die über Ausländerhaß und nationale Überheblichkeit, Hetze gegen Minderheiten, Antikommunismus, Klerikalismus usw. mobilisierbar ist.

Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: die CDU / CSU ist keine faschistische Partei und die mögliche Rückkehr der CDU / CSU an die Regierung würde noch nicht den Faschismus bedeuten. Die CDU / CSU hat jedoch eine klare faschistische Tendenz und könnte sich unter Umständen zu einer neuen faschistischen Partei entwickeln. Eine Rückkehr der CDU / CSU an die Regierung würde auf jeden Fall zu einer beschleunigten und verschärften Faschisierung von Staat und Gesellschaft führen.

Ein wichtiges Warnzeichen in diesem Zusammenhang ist die forcierte Anwendung sozialer Demagogie durch die CDU / CSU, was ihr als Oppositionspartei leicht fällt: die viel zu niedrigen Renten, Wohnungs - Probleme, die Preissteigerungen u. a. m. werden von der CDU / CSU aufgegriffen, um Stimmen gegen die SPD zu sammeln und sich als Partei zu profilieren, die die Interessen des „kleinen Mannes" vertritt. Klerikal eingefärbte pseudo - gewerkschaftliche Gruppierungen, die parteipolitisch auf die CDU / CSU orientiert sind, sollen verstärkt als reaktionäre Spaltpilze gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt werden. Ihre Aufgabe ist in erster Linie die Vortäuschung einer „Arbeitnehmer - Politik" der CDU / CSU und antikommunistische Hetze.

Die Bourgeoisie ist bestrebt, den reaktionären Radikalisierungsprozeß innerhalb der Mittelklassen voranzutreiben. Hierzu dient ihr die „Baader - Meinhof" - Jagd ebenso, wie die Vertreibung fortschrittlicher Intellektueller aus dem Staatsdienst, die „Säuberung" des Rundfunks und der Presse von demokratischen Journalisten.

Hier ist es notwendig, nochmals auf die unsinnige Argumentation der Heidelberger Studentenzeitung „Neues Rotes Forum" einzugehen (vgl. dazu „Arbeiterkampf" Nr. 16, „Sind die Arbeiter schuld am Faschismus?"). Das NRF hatte behauptet, daß „der Prozeß, in dem der Faschismus erst zur M a s s e n bewegung wird und Massenwirkung erreicht ... unabhängig vom Willen der Bourgeoisie verläuft ...", und daß außerdem das „Versagen der Arbeiterklasse" daran schuld sein soll, wenn sich Teile des Kleinbürgertums und der anderen Mittelklassen dem Faschismus zuwenden. Tatsächlich ist es aber so, daß die Bourgeoisie für ihre jeweilige Politik s t ä n d i g eine reaktionäre Massenbasis in den Mittelklassen hat, und zwar wegen deren Klassenlage, die sie stark an den Kapitalismus bindet (Lage als Kleinproduzent oder Kleinhändler, bzw. soziale Privilegien gegenüber der Arbeiterklasse u. a. m.). Es kann gar kein Zweifel bestehen, daß reaktionäre Parteien in den imperialistischen Ländern, wie etwa bei uns die CDU / CSU, in Italien die Democrazia Christiana, in Frankreich die Gaullisten, in den USA die Republikanische Partei Nixons, eine Massenbasis haben. Die Faschisierung dieser Massenbasis erfolgt keineswegs unabhängig vom Willen der Bourgeoisie, sondern wird in erster Linie bestimmt durch die Politik der Bourgeoisie, z. B. politisch - ideologische Indoktrinierung, mehr oder weniger starke Finanzierung faschistischer Gruppen und Organisationen durch das Großkapital und als ein immer stärker einge-



Italien sagt NEIN zum Faschismus

uen Faschismus?

setztes Mittel, die gezielte arbeiterfeindliche Provokation (vgl. die Berichte über Italien im „Arbeiterkampf" Nr. 16 und in dieser Nummer).

Aus der falschen These des NRF ergibt sich eine weitere unsinnige Schlußfolgerung, nämlich: „Der Kampf gegen den Faschismus ist im Grunde der Kampf um seine potentielle Massenbasis, um die Mittelschichten". Allerdings ist das eine wichtige Kampfaufgabe des Proletariats und seiner Organisationen. Aber in erster Linie ist der Kampf gegen den Faschismus der Kampf um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, um die Stärkung ihrer Kampfkraft, Bewußtheit und Geschlossenheit. Ist die Arbeiterklasse hierin erfolgreich, so wird sie auch Teile der Mittelklassen als Verbündete gewinnen.



Europäische Perspektive des Faschismus

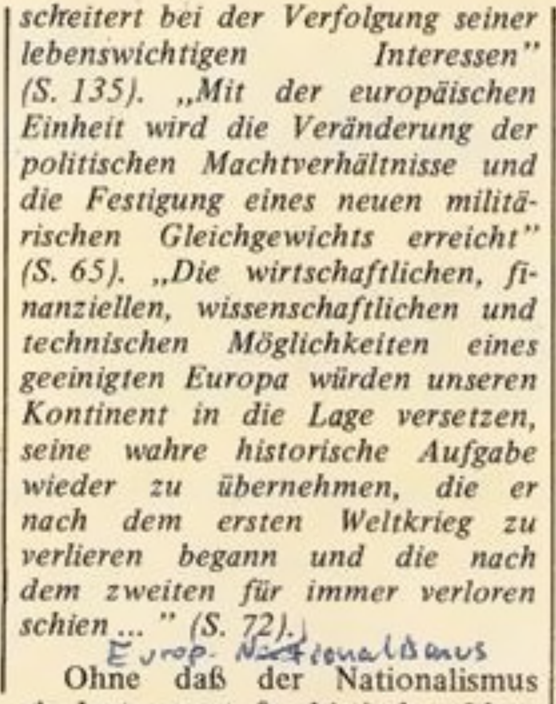
Als Argument gegen die Möglichkeit eines neuen Faschismus wird angeführt, daß der Nationalismus – als ein wesentlicher Bestandteil der faschistischen Ideologie – nicht mehr im Einklang steht mit den Entwicklungstendenzen des Imperialismus.

Der trotzkistische Theoretiker Mandel – in letzter Zeit allgemeiner bekannt geworden durch das von der Bundesregierung gegen ihn erlassene Einreiseverbot und die Verweigerung eines Lehrstuhls an der Universität Westberlins – hat behauptet:

„Es ist zur Zeit nicht anzunehmen, daß die imperialistischen Widersprüche enge imperialistische Bündnisse, wie z. B. die sogenannte europäische Integration ausschließen. Solche engen imperialistischen Bündnisse, wenn sie nicht auf reiner Unterordnung basieren, sind derzeit nicht unter faschistischen Formen der Diktatur einer nationalen Bourgeoisie möglich."

Daraus folgt aber keineswegs – wie die Trotzkisten und sogar einige „Marxisten - Leninisten" anzunehmen scheinen – ein Argument gegen die Möglichkeit eines neuen Faschismus, sondern folgt ein Formenwandel des Faschismus, dessen europäische Perspektive völlig im Einklang steht mit den Tendenzen der europäischen Imperialisten zur zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung und zu verstärkter politisch - militärischer Zusammenarbeit.

Unter den aktuellen Bedingungen sprengen die faschistischen Tendenzen den Rahmen eines engen Nationalismus. In den strategischen Thesen von Strauß z. B. erhält der Faschismus eine europäische Perspektive. In seinem Buch „Entwurf für Europa" (1966) schreibt Strauß:



„Jedes westeuropäische Land, das heute noch Politik auf eigene Faust zu machen versucht, führt sich damit in die Isolierung und scheitert bei der Verfolgung seiner lebenswichtigen Interessen" (S. 135). „Mit der europäischen Einheit wird die Veränderung der politischen Machtverhältnisse und die Festigung eines neuen militärischen Gleichgewichts erreicht" (S. 65). „Die wirtschaftlichen, finanziellen, wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten eines geeinigten Europa würden unseren Kontinent in die Lage versetzen, seine wahre historische Aufgabe wieder zu übernehmen, die er nach dem ersten Weltkrieg zu verlieren begann und die nach dem zweiten für immer verloren schien ..." (S. 72).

Ohne daß der Nationalismus als Instrument faschistischer Ideologie und Politik völlig aufgegeben würde (z. B. Hetze und Stimmungsmache gegen ausländische Arbeiter), wird er doch in seiner engen Bedeutung zunehmend abgebaut durch die Propagierung eines „europäischen" Nationalismus, der sogenannten „abendländischen Schicksalsgemeinschaft" und ähnlichem ideologischen Schmus. Das geschieht sowohl und in erster Linie in der „offiziellen" bürgerlichen Propaganda, wie auch verstärkt in den Stellungnahmen faschistischer Gruppen und Organisationen. Längst gibt es z. B. eine europäische „Internationale" der Faschisten, die von Zeit zu Zeit internationale Konferenzen durchführt, strategische und taktische Konzeptionen diskutiert und vermittelt, „Jugendlager" verschiedener Länder zum Zweck militärischer Übungen veranstaltet u. a. m.



Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang das Auftauchen einer neuen faschistischen Gruppierung unter dem Namen „Aktion Neue Rechte" (ANR). Diese Gruppierung, die verstärkt in die Arbeiterklasse hineinwirken will, propagiert einen „europäischen Sozialismus" und einen „europäischen Befreiungsnationalismus" (der vollständige Text einer Erklärung der ANR wird in der nächsten Ausgabe von UNSER WEG, Zeitschrift des KB zu Fragen der Arbeiterbewegung, abgedruckt werden).

Wann greift die Kapitalistenklasse zum Faschismus?

Eine wichtige Differenz in der Diskussion über den Faschismus ist die Frage, unter welchen Bedingungen die Bourgeoisie zum Faschismus greift.

Eine Theorie besagt, daß die Bourgeoisie zum Faschismus e r s t d a n n greift, wenn sie dazu „gezwungen" wird. „Gezwungen" wodurch? Einerseits durch eine scharfe Wirtschaftskrise mit erheblichen Verwertungsschwierigkeiten und andererseits durch eine drohende proletarische Revolution.

Das bereits zitierte „Neue Rote Forum" schreibt, der Faschismus könne nur gefährlich werden *„im Zusammenhang mit einer relativen Schwäche der Arbeiterklasse in einer objektiv revolutionären Situation: Die Arbeiterklasse ist stark genug, um in ihrer organisierten Bewegung allein durch deren Existenz der Bourgeoisie als Gefahr für das kapitalistische System zu erscheinen. Sie ist andererseits zu schwach, um den Kampf um die politische Macht ernsthaft praktisch zu führen ..."*

Wann tritt eine solche Situation ein? Die Arbeiterbewegung entwickelt sich nicht sprunghaft von rein ökonomischen und zudem inkonsquent geführten Aktionen zur revolutionären Eroberung der Macht. Es gibt vielmehr eine schrittweise Entwicklung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, und im Laufe dieser Entwicklung tritt ganz zwangsläufig eine Situation ein, wo die Arbeiterbewegung zwar schon stark genug ist, um der Bourgeoisie gefährlich zu erscheinen, aber noch nicht die Kraft und Geschlossenheit hat, die zum Sturz der Kapitalistenherrschaft notwendig wäre. Der Versuch, eine solche Situation von vornherein zu vermeiden, muß zu einer revisionistischen Politik führen: „Es darf keinen zweiten Mai geben", sagt die KP Frankreichs in Erinnerung an den Generalstreik vom Mai 1968, denn sonst könnte die Bourgeoisie Angst vor den Arbeitern bekommen und zum Faschismus greifen. „Wir müssen die Wirtschaft leistungsfähig halten", sagt die KP Italiens, denn sonst vertieft sich die Wirtschaftskrise und die Bourgeoisie könnte zu faschistischen Lösungsversuchen tendieren.

Wir wissen, daß das NRF nichts mit der Politik der Revisionisten zu tun hat. Wir schlagen aber vor, daß das NRF einmal genau erklärt, was damit gemeint ist, wenn es in dem oben erwähnten Zusammenhang – relative Schwäche der Arbeiterklasse in einer objektiv revolutionären Situation als Bedingung des Faschismus – davon spricht, daß „gerade das Versagen der Kommunistischen Partei" bei den Gründen für den Sieg des Faschismus „eine entscheidende Rolle" gespielt habe.

Kann man behaupten, daß die Bourgeoisie erst dann zum Faschismus greift, wenn sie dazu „gezwungen" wird? Dazu müßte erst nachgewiesen werden, daß es für die deutschen und italienischen Kapitalisten damals wirklich keinen anderen „Ausweg" als den Faschismus gab und daß jede andere Möglichkeit zur Selbstaufgabe des Kapitalismus geführt hätte. Dieser Nachweis läßt sich u. E. nicht führen. Der Faschismus erscheint in beiden Fällen als eine präventive, vorbeugende Maßnahme, ohne daß die Bourgeoisie in einer akuten Zwangslage wäre, die sie ohne Faschismus nicht mehr bewältigen könnte.

Verhängnisvoll wäre es allerdings, die Gefahr eines neuen Faschismus zu übertreiben oder den Begriff des Faschismus willkürlich auf alle möglichen reaktionären Maßnahmen und Herrschaftsformen der Kapitalistenklasse anzuwenden. Andererseits wäre es falsch, mit dem Kampf gegen die faschistische Gefahr warten zu wollen, bis man exakt nachweisen kann, wann, wie und warum die Bourgeoisie zum Faschismus übergehen wird, d. h. bis die Gefahr so akut ist, daß es schwer sein wird, sie dann übernaupt noch zu bekämpfen.

Das NRF schreibt:

„Nur vom aktuellen Stand des Klassenkampfes, durch die Untersuchung der Kräfteverhältnisse beider sich gegenüber stehenden Klassen, verbunden mit der konkreten Analyse der Krisenentwicklung und deren Wirkung auf die Beziehungen aller Klassen, kann die Frage der ‚faschistischen Drohung' richtig beurteilt werden. ... Die politisch - ökonomische Begründung der ‚faschistischen Gefahr' ist derzeit nicht zu leisten. Dazu fehlt eine Krisentheorie auf Grundlage einer korrekten Rezeption der Marxschen Darstellung, vermittelt mit der Kapitalverwertung unter den Bedingungen des Imperialismus, die bereits jetzt konkrete Klassenbewegungen in der BRD zu erfassen hätte. ..."

Das NRF weiß natürlich, daß es eine solche konkrete Analyse der wirtschaftlichen und politischen, inneren und äußeren Entwicklung des Imperialismus in den nächsten Jahren noch nicht gibt. Es ist absurd, unter diesen Umständen aus der Nichtexistenz einer Analyse gleichzeitig die Nichtexistenz einer faschistischen Gefahr „begründen" zu wollen, oder sich untätig hinter dem Bollwerk der eigenen wissenschaftlich - theoretischen Unsicherheit und Unkenntnis zur Ruhe zu legen.

Nötig ist es, hier und heute den antifaschistischen Kampf, den Kampf gegen die Gefahr eines neuen Faschismus zu führen. Dieser Kampf ist nicht in erster Linie Kampf gegen die NPD und andere rechtsradikale und faschistische Gruppierungen – ohne diesen Kampf vernachlässigen zu wollen –, sondern ist in erster Linie Kampf gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft durch die Bourgeoisie, also Kampf gegen die konkreten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Kapitalistenklasse.

Im nächsten Arbeiterkampf sollen folgende Themen behandelt werden:

Faschisierung von Staat und Gesellschaft

Die Theorie vom „Sozialfaschismus"

Im Herbst letzten Jahres wurde das ZDF umorganisiert. Alle wichtigen Posten besetzten Barzels und Strauß' Leute.

Anfang dieses Jahres änderte die CSU in Bayern derartig die Rundfunkgesetze, daß von „freier Berichterstattung" keine Rede mehr sein kann. Damit sind die Kapitalisten ihrem Ziel, der Gleichschaltung von Rundfunk und Fernsehen, ein wesentliches Stück näher gekommen. In diesem Zusammenhang berichten wir:

- Über die allgemeine Propaganda-Offensive im folgenden Artikel
- Über den Angriff auf Funk und Fernsehen in „Der Griff nach Funk und Fernsehen"
- Über die bayr. Rundfunk-Gesetze „Radio CSU"
- Über die Umorganisierung des ZDF „Mainz — wie es ringt um Macht"
- Über Zensur in Funk und Fernsehen

In einer der nächsten Ausgaben des AK werden wir auf die Rausschmisse fortschrittlicher Journalisten in der Presse berichten.

Gleichschaltung der öffentlichen Meinung

Die Reste freier Meinungsäußerung werden beseitigt

Das internationale Kapital hat an der ideologisch-politischen Front zur Mobilmachung gegen die Arbeiter der westeuropäischen Länder Sturm geblasen. Auf Betreiben — vor allem der westdeutschen Industrie — haben die Spitzenverbände der westeuropäischen Industrie im Sommer letzten Jahres in Brüssel die „Fondation Europêenne pour l'Economie (F. E. E.)" als internationale Propagandazentrale ins Leben gerufen.

Ihre selbstformulierte Aufgabe besteht darin, *„gegen geistige Strömungen, die das freie Unternehmertum in Westeuropa bedrohen"* vorzugehen und *„auf Denkweisen und Vorurteile der Gesellschaft Einfluß zu nehmen."*

An die Spitze der F. E. E. wurde H. J. Abs gewählt. Der gleiche Abs, der vor 1945 zu den maßgeblichen Financiers der verbrecherischen Nazipolitik gehörte und deswegen nach 1945 zu 15 Jahren Zwangsarbeit als Kriegsverbrecher verurteilt wurde, die er allerdings nie absitzen mußte. Heute zählt Abs als Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank, BASF, Daimler-Benz AG, Vereinigte Glanzstoff-Fabr. AG, Phönix Gummiwerke AG und zig weiterer Konzerne, darunter auch staatlicher, wie z. B. der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Bundesbahn, wieder zu den Spitzenvertretern der westdeutschen Kapitalisten.

Inzwischen ist auch die westdeutsche Sektion der F. E. E., die „Studiengruppe Unternehmer in der Gesellschaft" aktiv geworden und hat sich „immer mehr zu einem Sammelbecken von gesellschaftspolitisch aufgeschlossenen Unternehmern entwickelt, die um eine neue Standortbestimmung der Unternehmer bemüht sind." (Handelsblatt v. 6. 12. 71)

Ganz neue Rechtfertigungs-Theorie

Der „Studiengruppe" geht es darum, in der Öffentlichkeit die Ausbeutung der Arbeiterklasse in neuem Gewand einheitlich und geschlossen ideologisch abzusichern, da die alte Ideologie zur Rechtfertigung des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln nicht mehr ausreicht.

Während früher der kapitalistische Eigentümer als „fleißiger, arbeitsamer und genügsamer" Mann hingestellt werden konnte, der sich seinen Besitz „vom Munde abgespart hatte" und als Führer des Betriebes „seinen gerechten Anteil verdiente, zumal er ja auch das Risiko trägt", ist dies heute in modernen Großunternehmen mit hochkonzentriertem und anonymem Gesellschaftskapital als Rechtfertigung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse offensichtlich blödsinnig. Dementsprechend stellt die „Studiengruppe" in ihrer Schrift „Unternehmenspolitik heute und morgen. Denkansätze für eine zeitgemäße Konzeption" den Unternehmer als Vorkämpfer und Garanten gesellschaftlichen Fortschritts vor.

So stünde, so heißt es weiter, „der Mensch, seine schöpferische Kraft und seine geistige Leistung immer mehr im Mittelpunkt des Unternehmens", und der Unternehmenszweck erscheine „immer deutlicher als Dienstleistung und Problemlösung für die Gesellschaft". Um die Frage nach der Existenzberechtigung von Profit und Eigentum an Produktionsmitteln zu umgehen, soll also proklamiert werden, daß „Kapitalbereitstellung" ein „Dienst an der Gesellschaft" sei, für den der Kapitalgeber ein „Recht auf Entlohnung" besitze.

Mit dieser Veröffentlichung sollen die einzelnen Kapitalisten, ob kleinere oder größere, ob Management oder Eigentümer, auf eine einheitliche Argumentation ihrer Klassenprivilegien eingeschworen werden. Zum anderen geht es darum, die propagandistische Bearbeitung der Bevölkerung insgesamt zu verstärken. Der Präsident der Arbeitgeberverbände (BDA) auf der Jahresversammlung der BDA im Dezember 71: „Wenn die Unternehmerschaft heute ihre gesellschaftspolitische Existenz in Gefahr sieht, dann ist es an der Zeit, daß sie sich allgemein aktiv in Gesellschaftspolitik und Politik einschaltet. Dazu gehört ihr Engagement in den Parteien und in allen anderen Institutionen der pluralistischen Gesellschaft."

Gleichzeitig hat das kapitalistische Deutsche Industrieinstitut (DII) die Kapitalistenklasse zu einer „Informationsoffensive" aufgerufen. In dem Anfang Dezember letzten Jahres an alle Unternehmer verschickten Aufruf heißt es: „Die Existenz des freien Unternehmertums ist gefährdet und damit auch der Bestand unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Von links außen nach links innen reicht die Front der Agitatoren, die den Unternehmer als böse Verkörperung des Privatkapitalismus zur Zielscheibe ihrer Angriffe gemacht haben. Linksextremismus auf der einen und dirigistische Beschränkung auf der anderen Seite sind tödliche Gefahren für uns alle. Trotzdem übt sich die überwiegende Mehrheit deutscher Unternehmer noch immer in vornehmer Zurückhaltung, wenn es um die Verteidigung ihrer Freiheit geht ... Wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, in einer Woge von Fanatismus, Ideologisierung und Reformutopien unterzugehen, müssen wir gemeinsam um unsere Existenz und unser Ansehen kämpfen ..."

In dem Begleitschreiben zum Aufruf heißt es, „die Intensivierung gezielter und geduldiger Öffentlichkeitsarbeit **aller** Unternehmer ist die wirkungsvolle Waffe in diesem Kampf." Zu diesem Zweck sollen die Kapitalisten durch Spenden die Verbreitung des vom DII herausgegebenen „Unternehmerbrief" an Schulen, Universitäten, Presse, an Pfarrer, Lehrer, Verwaltungsbeamte usw. fördern, die als sogenannte „Multiplikatoren" die öffentliche Meinung besonders beeinflussen.

Säuberungswelle in Presse, Rundfunk und Fernsehen

Während sich dieses „Einflußnehmen auf Denkweisen und Vorurteile der Gesellschaft" (F. E. E.) durch Herausgabe von Broschüren u[nd] Versand von Aufrufen und [„U]nternehmerbriefen" noch rela[tiv] friedlich und harmlos gibt, zeigen die direkten Aktionen der Kapitalistenverbände zur Unterdrückung jeder Meinung

— außer der der Herrschenden — die Gefährlichkeit dieser politisch-ideologischen Offensive. Neben der Bespitzelung klassenbewußter Arbeiter, die rausgeschmissen werden, wenn sie „die betriebliche Meinung verseuchen" und „den Arbeitsfrieden stören" und dem Berufsverbot für kommunistische oder demokratische Beamte, insbesondere „linksorientierte" Lehrer, geht es den Kapitalisten um die Gleichschaltung von Presse, Rundfunk und Fernsehen auf Unternehmerwelle.

Obwohl die Kapitalisten die sogenannte „freie Presse" durch die Bildung riesiger Pressemonopole (Springer-Verlag, Bauer-Verlag, Gruner + Jahr etc.) und die Abhängigkeit vom Anzeigenmarkt schon immer fest im Griff hatten, sind in den letzten Wochen mit Rausschmissen und Umbesetzungen jene Zeitungsredaktionen „gesäubert" worden, in denen dann und wann einmal ein liberaler Redakteur seine Stimme kritisch gegenüber den Herrschenden und für die Arbeiterklasse erheben durfte. (So bei der Morgenpost, Frankfurter Rundschau, Spiegel usw. Über diese „Säuberungswelle" werden wir in einer der nächsten Ausgaben des AK berichten.)

Parallel dazu verläuft die seit langem geplante und vorbereitete Ingriffnahme des öffentlichen Rundfunks und Fernsehens, die die Kapitalistenverbände über die CDU / CSU eingeleitet haben und die mit der völligen Machtübernahme der CDU beim ZDF im Herbst letzten Jahres, dem „Ruck nach rechts" beim größten Sender der ARD, dem WDR, und der zu Anfang dieses Jahres geänderten Rundfunkgesetzgebung in Bayern durch die CSU ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Mit der Errichtung privater Rundfunk- und Fernsehsender nach amerikanischem Muster, direkt durch die Industrie im Laufe der nächsten Jahre, soll schließlich der Untergang freier Meinungsäußerung in Rundfunk und Fernsehen vollends besiegelt werden.

Griff nach Rundfunk und Fernsehen

Funk und Fernsehen stellen heute neben der Presse die wichtigsten Instrumente zur ideologisch-politischen Beeinflussung der Bevölkerung dar. Im Rahmen ihrer Propagandaoffensive haben sich die Kapitalisten das Ziel gesetzt, Funk und Fernsehen Schritt für Schritt in den Griff zu nehmen. Natürlich ist — was die allgemeine Berichterstattung, Auswahl und Art der Sendungen etc. anbetrifft — die grundsätzliche Linie von Funk und Fernsehen im Interesse der Herrschenden schon immer gewährleistet gewesen. Dennoch besteht momentan durchaus ein Unterschied im Vergleich etwa zur Springerpresse, die im Interesse und Auftrag der Kapitalisten sämtliche Nachrichten verdreht, fälscht, kürzt und nur arbeiterfeindliche Standpunkte bezieht. So konnten sich bei der derzeitigen Struktur des Rundfunks einige Journalisten in bestimmten Sendebereichen, z. B. der Sozialpolitik, den Jugend- oder politischen Magazinen und Sendungen „zu später Stunde" oder in 3. Programmen, die eine geringere Zuschauerzahl haben, einen kleinen Spielraum für unabhängige bzw. kritische Stellungnahmen erkämpfen.

Dies ist möglich, weil den Rundfunkanstalten nach 1945 eine gewisse Autonomie gegenüber Staat und Parteien zugestanden werden mußte, nachdem in den Jahren zuvor der Rundfunk fest im Griff des faschistischen Staates mit seiner „Reichsrundfunkkammer" an der Spitze lag.

Der erste Vorstoß zur Gleichschaltung erfolgte Anfang der 60iger Jahre, als die Einrichtung eines 2. Fernsehprogramms geplant war. Mit der Gründung einer „Deutschland - Fernseh - Union GmbH" mit zentraler staatlicher Leitung unter Führung der CDU / CSU sollte dies unter Adenauer durchgesetzt werden. Als Adenauers Pläne in der Öffentlichkeit bekannt wurden, gab es zahlreiche Proteste. In einem späteren Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurden die Pläne als verfassungswidrig verboten.

Einige Jahre später, als das 2. Fernsehen durch einen Staatsvertrag der einzelnen Länder in Form des ZDF geschaffen war, erfolgte der 2. Vorstoß der Kapitalisten über den durch Springer beherrschten „Verband Deutscher Zeitungsverleger". Unter der Parole „Die freie Presse in Gefahr" argumentierte Springer:

Forts. nächste Seite

Griff nach Rundfunk und Fernsehen

Die Fernsehwerbung bedrohe den Anzeigenmarkt der Presse. Die Vielzahl von Zeitungen sei in Gefahr, damit auch die Meinungsfreiheit. Deswegen müsse der Verband der Zeitungsverleger das ZDF übernehmen, um es dann allein durch Werbung zu finanzieren.

Das mußte gerade Springer behaupten, der täglich mit seinen Blättern Unsummen scheffelt und kleinere Zeitungen rücksichtslos an die Wand quetscht!

In dieser Zeit, 1967 / 68, lag auch der Höhepunkt der Studentenbewegung, die sich auch gegen die Art der Berichterstattung in den Springerzeitungen wandte. Damals wurde auch in weiteren Teilen der Bevölkerung Marktbegrenzung und öffentliche Kontrolle der Springerzeitungen gefordert. Von daher ließ sich eine widerstandslose Übernahme des ZDF durch Springer kaum durchsetzen. Diesen Plan schoben die Kapitalisten vorerst auf.

Den 3. Vorstoß gegen Funk und Fernsehen haben die Kapitalisten mit der direkten Unterstützung der CDU / CSU als zukünftiger Regierungspartei verbunden. Ziel dieses Vorstoßes ist:

1. Über die CDU / CSU einen allgemeinen Angriff auf Rundfunk und Fernsehen zu starten, um sämtliche Sendungen einen Schritt weiter ins „Rechte" Licht zu rücken;

2. In den Rundfunkanstalten CDU / CSU - regierter Länder und beim ZDF, wo die CDU / CSU im Fernsehrat die Mehrheit hält, sämtliche wichtigen Posten mit ausschließlich Kapitalistenvertretern zu besetzen, notfalls nach *Änderung der Gesetze wie jetzt in* Bayern: und

3. In den CDU / CSU - regierten Ländern im Laufe der nächsten Monate Privat - Sender nach amerikanischem Muster einzurichten, nachdem ihre Verfügung in Händen der Kapitalisten gesichert ist.

Strauß: Überall ein Tropfen roten Giftes

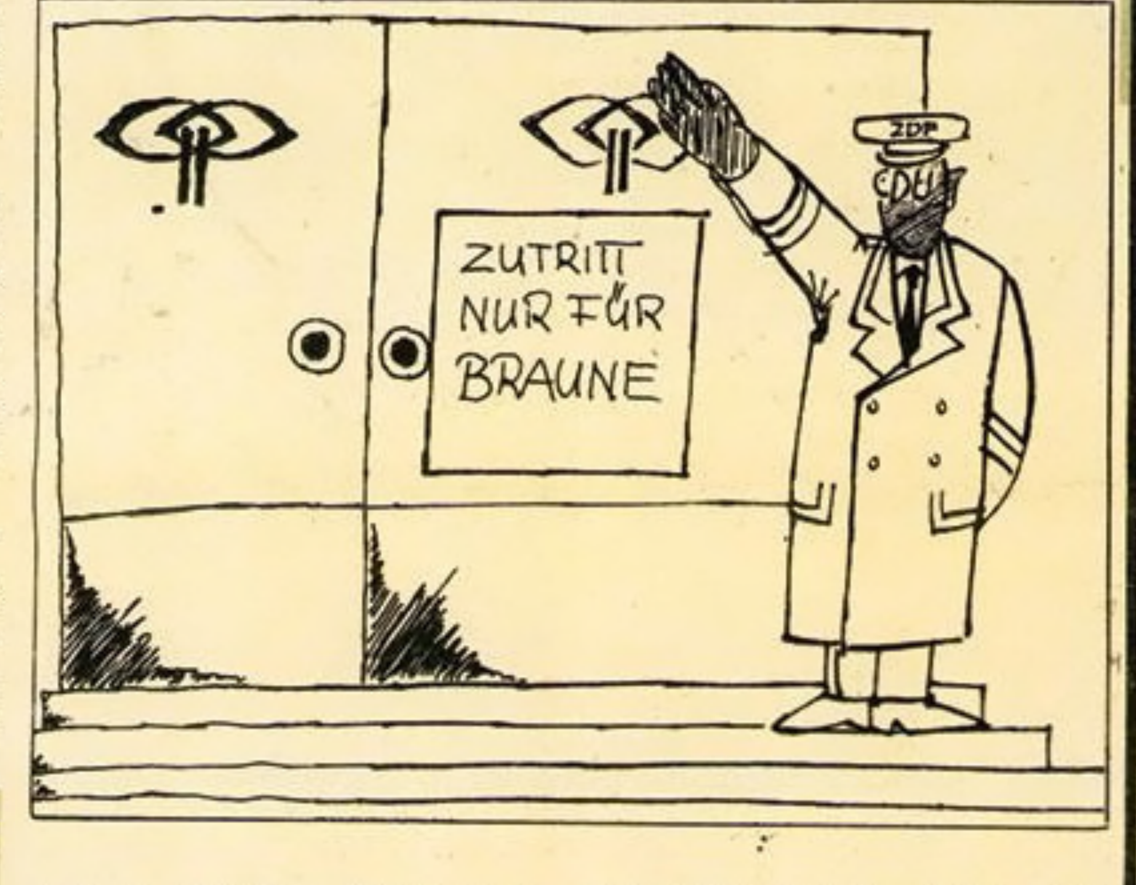
Ende 1969, schon kurz nach der Regierungsbildung durch SPD / FDP, trafen sich Spitzenverbände der Wirtschaft und CDU / CSU - Führung. So fand am 29. 11. 69 z. B. eine rundfunkpolitische Tagung mit F. J. Strauß und Spitzenvertretern der westdeutschen Industrie, darunter BMW - Großaktionär Quandt und Friedrich Flick, statt. (Flick - Konzern: Daimler - Benz, Krauss - Maffai, Dynamit - Nobel ... Flick ist einer der reichsten Kapitalisten Westdeutschlands, war vor 1945 „Wehrwirtschaftsführer" Hitlers, wurde nach 45 als Hauptangeklagter in Nürnberg wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Ausbeutung von Sklavenarbeitern verurteilt, dann auf Fürsprache Adenauers vorzeitig „begnadigt".) Im Protokoll über die Tagung wurde festgehalten:

„Man müsse Franz Josef Strauß persönliche und finanzielle Hilfe zur Verfügung stellen. Es gelte die Massenmedien zu beeinflussen. Strauß versprach, sich insofern um den bayrischen Rundfunk zu kümmern".

Die Zusammenarbeit der Kapitalisten und ihrer Knechte in der CDU / CSU trug bald Früchte:

Rundfunk und Fernsehen wurden zunächst zur Zielscheibe rhetorischer Hetze der CDU / CSU - Führer. Strauß auf dem Aschermittwochstreffen der CSU in Vilshofen letztes Jahr: Die Rundfunkräte seien „Reichsrundfunkkammern mit Linksdrall". Überall sei „die rote Unterwanderung in Funk und Fernsehen", „im Jugendfunk, im Hausfrauenfunk, überall wird so ein kleiner Tropfen roten Giftes gespritzt." (Spiegel 14 / 71)

Wie genau sich die Argumentationen Straußens und der Kapitalistenverbände gleichen, wird auf dem Wirtschaftstag der CDU im Sommer 71 deutlich. Strauß, der mit stürmischem Applaus gefeierte Favorit der anwesenden Wirtschaftsbosse, forderte 'Unternehmer an die politische Front', da „das Selbstverständnis der Unternehmer hinsichtlich ihrer Existenzberechtigung noch lange nicht in unserem Land so klar und überzeugend ist, wie es für das Fortleben der Marktwirtschaft und diese für sie ... unentbehrliche Schicht notwendig ist". (Gewerkschafts - Spiegel 16 / 71) und auf dem Parteitag der CSU Ende 71 zählt Strauß die fünf Hauptgegner seiner Partei auf: Die Sowjetunion, „Kreise im verbündeten Ausland", die „die Gefahr mehr im Deutschland von gestern als im Kommunismus von heute sehen", den DGB, alle „linksradikalen Organisationen, die wie Unkraut aus dem Boden schießen" und — von Strauß an erster Stelle genannt — „mit starken, ihre Aufgabe ins Gegenteil verkehrenden Teilen der Publizistik ... von Presse, Rundfunk und Fernsehen ... " (Bayern - Kurier v. 23. 10. 71) Parallel dazu kündigte die CDU in den anderen Bundesländern „Gutachten" und „Programmanalysen" wegen der „bösartigen Einseitigkeit" (CDU - Müller - Herrmann) der Funk - und Fernsehberichterstattung an. Beim „Sozialwissenschaftlichen Institut" der reaktionären Konrad - Adenauer - Stiftung wird eine Funk - und Fernseh - „Analyse" in Auftrag gegeben.



Konzertierte Aktion der Kapitalisten, CDU/CSU, Springerpresse und offenen Faschisten–Verbände

In Hessen verurteilte CDU - Chef Dregger im Landesparlament „Form und Methode der landespolitischen Berichterstattung", setzte den Intendanten des hess. Rundfunks mit Protestschreiben unter Druck und gab ein Weißbuch über die „Linkspolitik" des Senders in Auftrag. CDU - Mitglieder des Rundfunkrates schimpften über Redakteure, „die nicht mehr auf dem Boden der Verfassung stehen." (Spiegel 6 / 71)

In Niedersachsen stellt der CDU - Fraktions - Geschäftsführer im NDR - Verwaltungsrat einen Tadelsantrag gegen den Intendanten wegen einer Panorama - Sendung. Nach dieser Sendung hatte die CSU dem bayrischen Multimilliardär August von Finck bei der Nachkriegsbodenreform Land zugeschustert. Webers Antrag: „Die Sendung wird als einseitig und tendenziös mißbilligt." Die CDU gab dabei offen zu, daß es ihr gar nicht so sehr um gerade diese Sendung ging, sondern darum, insgesamt Druck auszuüben. CDU - Landtagsabgeordneter Wolff aus Pinneberg: „Uns geht es nicht darum, Finck reinzuwaschen, sondern einen gewissen Lernprozeß bei der Intendanz einzuleiten." (Spiegel 16 / 71) Um den Druck auf die Redakteure zu institutionalisieren, beantragte CDU - Echternach im NDR - Verwaltungsrat die Einrichtung eines „Programmausschusses". Ein NDR - Abteilungsleiter: „Das wird der neue Redakteursverunsicherungs - Ausschuß." (ebenda)

August letzten Jahres fragte der CSU - Abgeordnete Paul Gerlach im Bundestag an, aus welchen Gründen die Bundesregierung der „prokommunistischen und antiamerikanischen Propaganda in Rundfunkprogrammen öffentlich - rechtlicher Anstalten freien Lauf läßt". Als Grundlage der Anfrage diente die neueste „wissenschaftliche Analyse", die der Berliner Diplompolitologe Garnatz (CDU, ehemals in der DDR wegen Spionage verurteilt) in der Springerpresse vorlegte. Nach Garnatz Studie über „Tendenzen und Propaganda im 3. Programm NDR / SFB" seien 25,5 % der Wortsendungen „einseitig - tendenziös", 38,5 % „prokommunistisch", 37,4 % „antiamerikanisch", 19,6 % „diffamierten privaten Unternehmergeist". „Zu den infamsten Beiträgen gehörten jene Sendungen, die sich direkt gegen das Verlagshaus Axel Springer richteten." (Nach Spiegel 32 / 71)

Im Begleitbrief Garnatz zur Studie, an die Intendanten und Rundfunkräte gerichtet, heißt es: „Tun Sie Ihre Pflicht. Misten Sie aus!" Die Hamburger Morgenpost über Garnatz: „Guter brauner Tradition gemäß hämmert er dem Leser durch die penetrante Wiederholung des Wortes 'kommunistisch' ein, wie gefährlich der Sender angeblich sei ... 'Kommunistische Propaganda' ist es, wenn in einem Interview Armand Gatty von den verfolgten Schwarzen spricht, die amerikanische Gefängnisse füllen: Bobby Seale, Jackson (inzwischen von der Polizei ermordet), Angela Davis. 'Kommunistische Propaganda' ist auch ein Gespräch mit Wolf Biermann und Schauspielern, 'kommunistische Propaganda' ist der Vorschlag des Autors, das Stück in Fabriken vor Arbeitern zu spielen ... " (MoPo v. 31. 7. 71) In die gleiche Kerbe zu hauen wie CDU - Garnatz, befiehlt Springer seinen Redakteuren. So weiß z. B. WELT - Redakteur Conrad zu berichten, das West - Fernsehen stifte in der DDR Unruhe, da „die Bürger drüben beim Einschalten westlicher Sendungen häufig verwirrt würden: Statt ideologischer Klarheit sehen sie auf ihren Mattscheiben verunsichernde Differenzierungen beider Systeme. Ein angeblicher 'Gesprächspartner aus der DDR' in Springers WELT über das West - Fernsehen: „Oft ist die Kritik an den Verhältnissen zu hart. Das kommt bei uns nicht gut an, denn dann können die SED - Funktionäre sagen: Seht mal, so schlecht ist es drüben. Man sollte im West - Fernsehen auch mal etwas Positives zeigen und dem Negativen gegenüberstellen. Es gibt ja so viele Dinge, die hier interessieren, z. B.: Wie kauft eine Frau im Westen ein ... " (Welt v. 21. 10. 71) Noch weiter rechts außen, ganz im Schatten der Hetze von Strauß und Co., bemühten sich offen faschistisch auftretende „Zuschauerverbände" wie die „Funk- und Fernsehmitgestaltung" (FFM), „Aktion freier Staatsbürger für demokratische Erneuerung" und „Aktion Funk und Fernsehen" (AFF) ihr Süppchen zu kochen. Unter der Parole „Mehr Mitbestimmung für die Zuschauer" forderten sie Kampf „der autoritären Diktatur aus der Flimmerkiste.. und den „Neomarxisten, Kommunisten und Anarchisten" (so die bekannte Kommunisten - Fresserin Margarete Buber - Neumann auf einem AFF - Treffen), die „den Religionsunterricht madig machen, Bundeswehrgeneräle schmähen und unsere Jugend verseuchen." Dabei rühmt sich die AFF durchaus guter Beziehungen zur CDU / CSU und Wirtschaft. (Spiegel 6 / 71)

Die Konzertierte Hetzaktion von Wirtschaft, offenen Faschisten und verdeckter CDU / CSU - Demagogie gegen Funk und Fernsehen trug alsbald Früchte. Nach der propagandistischen Vorbereitung konnte die direkte Veränderung der Machtverhältnisse in Angriff genommen werden.

RADIO CSU

„Die CSU muß klar erkennen, daß sie ihre Politik nur verwirklichen kann, wenn ihr die Massenmedien freundlicher gegenüberstehen."

Das ist der erste Satz eines als „vertraulich" gekennzeichneten 'Medien - Arbeitspapiers', das der CSU - Landtagsabgeordnete Handlos, Rundfunkrat in Bayern, an seine Parteifreunde Anfang des Jahres zur Rundfunk - Gesetzes - Änderung in Bayern verschickte. Danach hat die CDU / CSU in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft im Herbst 71 eine Zentralkommission mit zwei Unterkommissionen zur Koordinierung der Aktionen gegen Funk und Fernsehen der einzelnen Länder eingerichtet. Die Unterkommission 1 führt CDU - Staatssekretär A. Radtke, Vorsitzender der U - Kommission 2 ist Günther Triesch vom Deutschen Industrieinstitut Köln. (Von dem mit den „Unternehmerbriefen" auch die Propaganda - Offensive eröffnet wurde!) (Vergleiche: ARBEITERKAMPF Nr. 14 und „UNSER WEG" Nr. 14)



Aus dem „vertraulichen" Papier ergibt sich ganz klar die Zielsetzung, Privatfunk einzuführen und das gesamte Programm der öffentlichen Sender gleichzuschalten.

„Einer grundsätzlichen Zustimmung zum Privatfunk bzw. - fernsehen dürfte nichts im Wege stehen, dies insbesondere auch aufgrund der rasanten technischen Entwicklung."

Anfang Dezember 71 forderte der CSU - Vorstand die bayr. Landesregierung und Fraktion in einem nächsten geheimgehaltenen Beschluß auf, die gesetzlichen Grundlagen für Privatsender zu schaffen. Allerdings müsse, so das CSU - Medienpapier, *„vor der Verabschiedung eines solchen Gesetzes gewarnt werden, bis nicht klar und deutlich feststeht, wer als Träger dieses Funks in Erscheinung tritt. Der DGB wartet offensichtlich bereits, zusammen mit sympathisierenden Instituten, zu denen auch mindestens eine Bank gehört, auf ein solches Gesetz."* Dementsprechend setzt sich der bayr. Fraktionschef der CSU, Huber, „genau wie der Parteivorsitzende F. J. Strauß, energisch für die Zulassung privater Sender ein ... Es geht nun nicht mehr um das OB, sondern nur noch um das WANN und WIE ... Auf die Dauer könne man die private Wirtschaft von den vermehrten Frequenzen nicht ausschließen." (Bericht der Welt v. 18. 1. 72 und 21. 2. 72) Im Mai / Juni plant die CSU, die Gesetzentwürfe im Landtag einzubringen. Bis dahin soll die Zusammenarbeit auf diesem Sektor mit den CDU - regierten Ländern Saarland,

Forts. nächste Seite

RADIO CSU

in dem private Anstalten schon seit 67 gesetzlich möglich sind und Schleswig - Holstein, in dem ähnliche Pläne bestehen, forciert werden.

Zunächst ging die CSU daran, die von Strauß der Wirtschaft zugesagte „Wende in absehbarer Zeit" (Aschermittwoch 71 in Vilshofen) beim bayr. Rundfunk einzuleiten. Dazu heißt es im Medienpapier: „Es ist zwar wichtig, daß die CSU in den Spitzenpositionen des BR gut vertreten ist, das Programm wird jedoch nach wie vor vom Mittelbau der Redakteure gestaltet." Deswegen beschloß Straußens Fußvolk im Landtag die Rundfunkgesetzgebung zu ändern:

1. Die Zahl der Rundfunkräte wird so stark um Kapitalistenknechte erhöht, daß eine Opposition überhaupt nicht mehr ins Gewicht fällt. Von den 18 neuen Mitgliedern sind 8 direkt von der CSU. 3 weitere sind Vertreter von Kapitalistenverbänden. Dabei waren die Kapitalisten mit Vertretern der Industrie - und Handelskammern, des Handwerks, der Heimatvertriebenen und der „Sowjetzonen - Flüchtlinge" gegenüber 2 Gewerkschaftsvertretern auch schon vor der Gesetzesänderung reichlich bedacht.

2. Die Rechte des jetzt völlig kapitalistenhörigen Rundfunkrats werden derartig erweitert, daß jede Autonomie der Rundfunk - Redakteure, besonders des „Mittelbaus", aufgehoben ist. So werden die ca. 40 leitenden Angestellten nicht mehr, wie bisher, vom Intendanten eingestellt, sondern direkt vom Rundfunkrat in geheimer Sitzung. Um zu gewährleisten, daß kein leitender Angestellter nach seiner Ernennung vom Kurs abweicht, werden die Verträge nicht mehr unbefristet, praktisch lebenslang abgeschlossen, sondern auf 5 Jahre beschränkt. Damit haben sich CSU und Kapitalisten der „Freundlichkeit" versichert, die sie nach dem Medienpapier zur Verwirklichung ihrer Politik brauchen!

Von schwarzer auf braune Wellenlänge

Dabei war der bayrische Rundfunk bisher schon alles andere als CSU - abgeneigt.

- Sämtliche Intendanten gehörten der CSU an. Als es um die Nachfolge des jetzigen Intendanten Wallenreiter, der im Herbst ausscheidet, ging, beschloß der Rundfunkrat, die Nachfolge nicht öffentlich auszuschreiben, sondern im kleinen Kreis zu klären. (Spiegel 46 / 71) Ohne Gegenkandidat wurde dann im November 71 Vöth zur Wahl aufgestellt und gewählt.

- Schon im Jahre 70 wurden die entscheidenden Posten beim BR mit CSU - hörigen Strauß - Freunden besetzt. Da der CSU ihr eigenes Parteimitglied H. Heigert, Moderator des Fernsehmagazins „Report München" nicht hörig genug war, wurde Heigerts Vertrag nicht erneuert und K. Stephan, CSU, eingesetzt.

- Ebenfalls 1970 wurde CSU - Mann R. Mühlfenzl zum TV - Chefredakteur ernannt. Seitdem zog in die Fernsehproduktion des BR • die von den Faschisten bekannte Art der Nachrichtengestaltung ein:

So verlangte Mühlfenzl in einem Bericht des TV - Magazins Report zur Studentenbewegung von den Redakteuren den Nachweis, daß „Uschi Obermeier ihre Kommune durch Prostitution" ernährt. Einen Bericht über den Holland - Besuch Heinemanns lehnte er mit der Begründung „zuviel SPD" ab. Mühlfenzl weiter: „Wenn die Report - Redaktion keine konservativen Stories liefert, lasse ich sie machen." Als Report - Redakteur H. Hano (jetzt bei Panorama) November 70 einen Film über das faschistische Attentat auf einen Sowjet - Soldaten am antifaschistischen Ehrenmal in Berlin gedreht hatte, gab Mühlfenzl den Auftrag, das Filmmaterial überhaupt erst gar nicht zu entwickeln: „Der Film kommt doch nicht ins Programm." (Spiegel 52 / 70)

Das ist die Art der Nachrichtenzubereitung, wie sie im Faschismus vorgenommen wird. CSU - Mühlfenzl und z. B. ZDF - Löwenthal sind dabei nur die erste Spitze eines Eisberges. Horst Hano, der, wie die meisten Report - Redakteure, beim Einzug Mühlfenzls den BR verließ: „Das Schlimmste jedoch ist eine gewisse Art von Selbstzensur. Wir reden nicht mehr nur darüber, ob ein Thema wichtig und interessant für die Sendung ist, sondern wir müssen uns gleichzeitig immer fragen: Bringen wir es bei Mühlfenzl und Stephan durch? Wenn nicht, läßt man's lieber gleich."

Nachdem außerdem der konservative Helmut Oeller ab Februar 71 zum Direktor für das fusionierte 1. und 3. TV - Programm ernannt wurde, befindet sich an der Spitze des BR nur noch ein nicht völlig CSU - konformer: Programmdirektor W. v. Cube beim Hörfunk. Da von Cube anläßlich der Verabschiedung der neuen Rundfunkgesetze zum Herbst zurückgetreten ist, ist die Nachfolge dieses letzten Postens auch frei. Vorgesehen sind als Kandidaten:

1. Der bisherige Regional - Programm - Leiter Zöller, Vertrauter von Strauß, militanter Katholik und Mitglied des kath. Geheimbundes „Opus Dei". In seinem Buch „Rückblick auf die Gegenwart" entwickelte Zöller 1964 seine politischen Standpunkte: So



CSU - Chef Strauß (2. v. l.) mit CSU - Funkredakteur Zöller (1. v. l.)

wurde die Weimarer Republik nicht etwa durch den Faschismus, sondern die Sozialdemokratie ruiniert. Dieser ‚politischen Herkunft', lobte der Bayern - Kurier, blieb Zöller „auch in den Fährnissen der Rundfunkarbeit nach Möglichkeit treu." (Spiegel 52 / 71)

2. Der CSU - Abgeordnete Max Schulze - Vorberg, der das gesamte Programm des BR und Fernsehens dadurch „sauber" halten will, daß der BR aus der ARD ausschert.

3. Der jetzige Chefredakteur des Österreichischen Rundfunks, Alfons Dalma. Dalma war früher Leitartikler des „Münchner Merkur" und „Bayernkurier". Dalma, der mit bürgerlichem Namen Stjepan Tomičić heißt, ist ein enger Strauß - Freund. Unter Hitler gehörte er offiziell der kroatischen Faschistenorganisation Ustascha an. Das ist die gleiche Organisation, die heute – besonders von der BRD mit Zentrale München aus – Sabotageakte in Jugoslawien, Attentate auf jugoslawische Botschaften und Konsulate im Ausland etc. organisiert.

Falls es die CDU / CSU nicht schafft, in den anderen Bundesländern analog Funk und Fernsehen auszurichten, lauten die nächsten Marschetappen des BR nach dem Geheimplanpapier: Abkapselung vom bundesweiten ARD - Programm und Herstellung eines Verbundes „im engen Zusammenwirken mit den österreichischen und schweizerischen Rundfunk - und Fersehanstalten," wodurch CSU - Chef Strauß seinen Einfluß auf Österreich und die Schweiz als willkommene Ausweitung seiner Macht verstärken könnte! Schon bisher waren die Führer des BR nicht zimperlich, wenn es um unbequeme Sendungen im allg. ARD - Programm ging: So erzwang der BR im Februar 71 die Verschiebung des Jugendmagazins „Zoom" mit Beiträgen gegen den Vietnamkrieg, das vom Südwestfunk im ARD - Programm vorgesehen war. Als später „Zoom" doch gesendet wurde, schaltete der BR ab. Ebenso in vorhergehenden Jahren: Als das Schauspiel „Lysistrata" oder z. B. eine Sendung „Das Bohrloch – oder Bayern ist nicht Texas" im ARD lief, gab es für bayrische Zuschauer Sendepause.

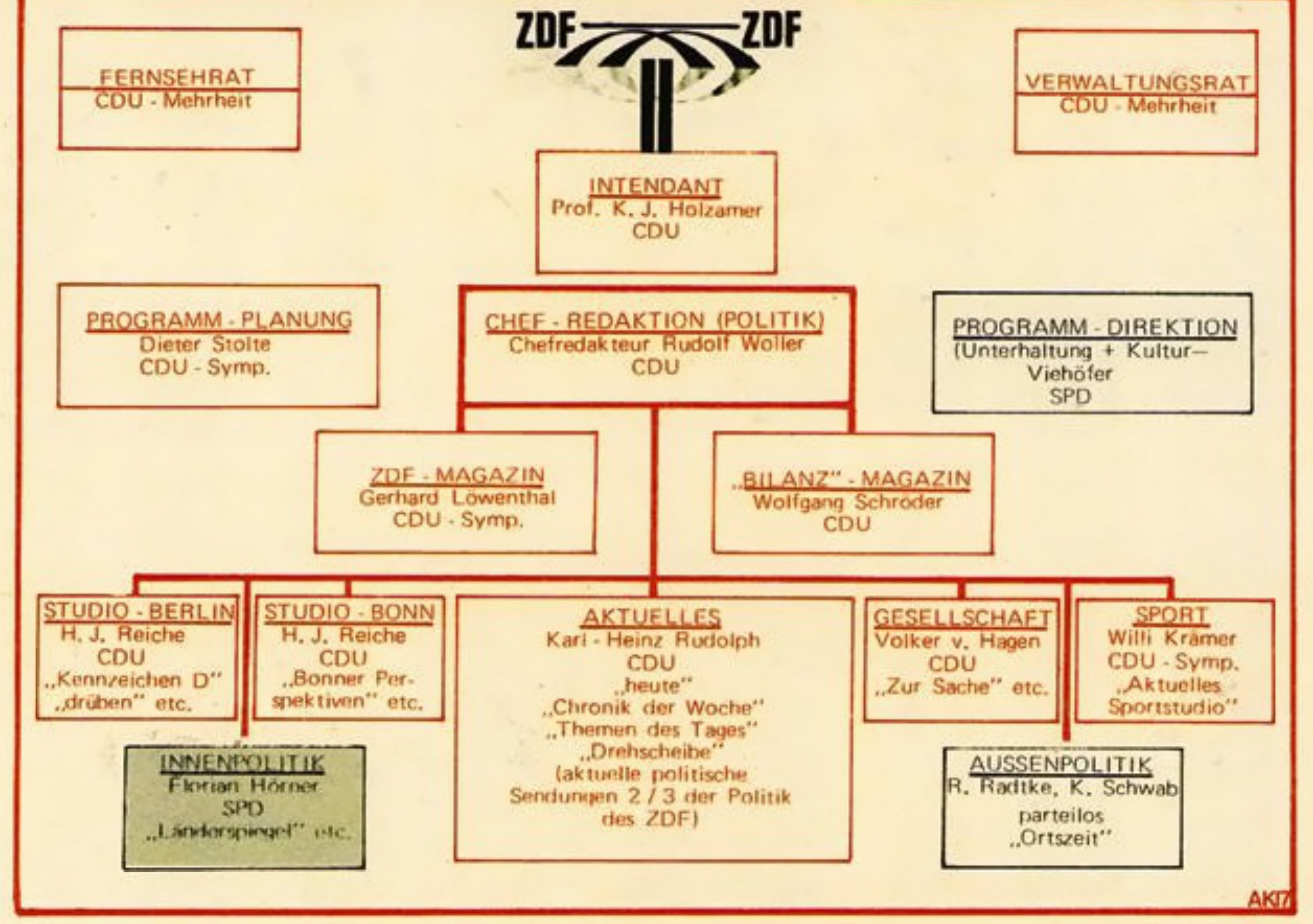
Strauß hat die „Wende in absehbarer Zeit", wie Flick versprochen, durchgesetzt. In Zukunft gibt es im BR keine „Beckmesser" und „Superweise" mehr, die „alles zur Sau machen, was ihnen vors Mikrophon kommt". (So die Informationszentrale der bayr. Wirtschaft, die der ‚Landesverband der Bayr. Industrie', die ‚Vereinigung der Arbeitgeberverbände' und der ‚Verein der Bayr. Metallindustrie' Anfang des Jahres gründeten.)

Mainz-wie es ringt um Macht

Mit über 3 000 Mitarbeitern, einem täglichen Durchschnittsetat von ca. 1,5 Millionen und einem Programm, das durch gängige Unterhaltungssendungen weit mehr Zuschauer als das 1. Programm „erkämpft" hat, ist das Mainzer ZDF heute die wichtigste Ideologiefabrik der Herrschenden. Wann immer zwischen dem „Kommissar", „Wünsch Dir was", „Shiloh - Ranch", „Pfarrer Sommerauer", „Paul Temple", „Lassie", „Akt. Z. XY" usw. usf. Nachrichten und Politik gesendet werden, dann senden Strauß und Barzel mit. Denn bei der Umstrukturierung der politischen Redaktionen des schon immer CDU - freundlichen ZDF im Herbst letzten Jahres, besetzte die CDU / CSU sämtliche Schlüsselpositionen. Heute ist das ZDF völlig CDU / CSU - hörig.

Adenauers Pläne erfüllt

Als verfassungswidrig, da Funk und Fernsehen Ländersache seien, verwarf das Bundesverfassungsgericht 1961 Adenauers Plan zur Einrichtung eines 2. Fernsehprogramms als regierungseigene „Deutschland - Fernsehen GmbH". Kurz darauf schlossen die Ministerpräsidenten der Länder einen „Staatsvertrag" zur Errichtung des ZDF durch die Bundesländer ab. Da die CDU / CSU in 6 von 11 Ländern die Regierung stellte, sicherte sie sich dann in allen ZDF - Gremien die Vorherrschaft. Die Bundesverfassungsrichter – um die demokratische Fassade besorgt – hatten im Fernsehurteil vom obersten Gremium, dem Fernsehrat, verlangt, daß er aus „Repräsentanten aller bedeutsamen gesellschaftlichen Gruppen" in „angemessenem Verhältnis" zusammengesetzt ein müsse. Welche „gesellschaftlichen Gruppen" in welchem Maß dazu zählen sollten, bestimmte nun die CDU / CSU: So ist z. B. der CDU - nahe Beamtenbund mit einem Mitglied vertreten, der DGB, obwohl neunmal so groß, ebenfalls mit einem.



Durch Bestellung von Funktionären der Kirchen, der die CDU eigene Sendezeiten einräumte, die von den allgemeinen Gebühren mitfinanziert werden, Vertriebenen, Industrie, Handwerkern, Bauern usw. sicherte sich die CDU / CSU eine derartig stabile Mehrheit, daß daran „vielleicht mal in 30 Jahren etwas zu ändern ist". (SPD - Fernsehrat J. Fuchs) Da außerdem 5 von insgesamt 9 Mitgliedern des ZDF - Verwaltungsrates vom Fernsehrat gewählt werden, hat sich die CDU / CSU in beiden obersten Gremien für alle Zeiten abgesichert. Adenauers Pläne gingen – mit Umwegen – in Erfüllung.

Die Besetzung der führenden Posten beim ZDF war dann ein reines Programmpuzzle der CDU / CSU und SPD. Intendant wurde Prof. Holzamer, CDU, Stellvertreter Viehöver SPD, der als Programmdirektor allerdings nur die unbedeutendere „Kultur und Unterhaltung" leitet und auf die politischen Sendungen keinen Einfluß hat. Um jedoch den gesamten Staatsvertrag, an dem die

Forts. nächste Seite

Mainz–wie es ringt um Macht

SPD - regierten Länder ja freiwillig teilnahmen, nicht zu gefährden, konnte die CDU / CSU noch nicht sofort sämtliche wichtigen politischen Positionen besetzen. So wurde der parteilose Journalist Rudolf Radtke Chef der wichtigsten Nachrichten - Sendung „heute", Karlheinz Schwab, ebenfalls parteilos, leitete „Themen des Tages". Chefredakteur der gesamten Politik wurde der parteilose Wolf Dietrich.

Anfang 1963 startete das ZDF. Nach und nach ging die CDU / CSU daran, das politische Programm von rechts aufzufüllen. So zog 1968 Gerhard Löwenthal mit dem wöchentlichen „ZDF - Magazin" ein. Für seine Art der Nachrichtenzubereitung, die der nationalistischen Hetze der Faschisten in nichts nachsteht, wurde ihm eine Superredaktion mit 14 Redakteuren zur Verfügung gestellt. (Gegenüber z. B. nur 2 beim ZDF - Magazin „Kennzeichen D".) Falls einer seiner Redakteure vom Kurs der braunen Hetze einmal abweichen wollte und Sendungen z. B. über den § 218 oder die Anti - Nazi - Aktionen der Beate Klarsfeld vorschlug, lehnte Löwenthal dies jeweils mit der Begründung „Das untergräbt den Rechtsstaat" ab. Dafür erschienen dann plötzlich Beiträge im Magazin von denen alle Redakteure nichts wußten. (Spiegel 26 / 71)
(Da für alle Redakteure Schweigepflicht bei redaktionellen Auseinandersetzungen besteht, dringt nur wenig nach außen.)

Schwarzer Kanal

Der entscheidende Ausbau ihrer Position gelang der CDU /CSU allerdings erst später, im Herbst letzten Jahres, mit dem Ausscheiden des Chefredakteurs Dietrich. Zum Nachfolger wurde der seit 1946 zur CDU gehörende Bundes-



ZDF - Chefredakteur Woller, CDU, als Bundeswehrreservist im Starfighter

wehr - Oberstleutnant der Reserve und Präsident des Reservistenverbandes der Bundeswehr, Rudolf Woller gemacht. (Der Reservistenverband wird als zukünftige Kadereinheit der Bundeswehr für den Fall des „inneren Notstandes" aufgebaut. Nach Art der faschistischen Freikorps soll er – psychologisch geschult – die Sicherungskompanien und Jägerbataillone der „Heimatschutztruppe" im „inneren Abwehrkampf gegen Aufständische" führen. So die Welt v. 10. 3. 72 in ihrem Artikel: „Die Bundeswehr ist zur Abwehr des Untergrundkampfes unzureichend ausgebildet".)

Damit ist Woller, der bei der letzten Bundestagswahl ein Mandat der CDU anstrebte, vom Lokalreporter beim „Schwarzwälder Boten" über CDU - nahe Zeitungen wie „Rhein. Merkur" und „Quick" zum wichtigsten Mann des ZDF aufgestiegen.

ZDF = CDF

Mit Übernahme seines Postens begann der Wehrexperte die feldmarschmäßige Ausrichtung des ZDF einzuleiten, um eine geschlossene ideologische Front gegen die Bevölkerung aufzubauen: Ihm unterstehen direkt sämtliche 7 Hauptredaktionen sowie das „ZDF - Magazin" und „Bilanz". Von diesen 9 Ressorts wurden 7 mit CDU - Parteigängern bzw. Sympathisanten besetzt. Die beiden übrigen – unbedeutenderen – Ressorts bekam je ein SPD - Mann und ein parteiloser Journalist.

- Chef der Hauptredaktion Aktuelles („heute", „Chronik der Woche", „Themen des Tages", „Drehscheibe" und aktuelle politische Dokumentationen, Programm - Anteil sämtlicher Politik ca. 2 / 3!) wurde Karlheinz Rudolph, CDU, der ab und zu auch Podiumsgespräche der CDU in Gasthäusern leitet. (Spiegel 41 / 71) Der vorherige „heute" - Chef Radtke, parteilos und „Themen des Tages" - Chef Schwab, parteilos, wurden auf das unbedeutendere Ressort „Außenpolitik" mit der Sendung „Ortszeit" abgeschoben.
- Studio Bonn und Studio Berlin mit den Sendungen „Bonner Perspektiven", „Kennzeichen D", „drüben" usw. bekam H. J. Reiche, der seine CDU - Mitgliedschaft solange geheimhalten mußte, bis die Zustimmung zu seiner Ernennung auch der SPD - Mitglieder im Fernsehrat durch war.
- Die Hauptredaktion Gesellschaft („Zur Sache" etc.) übernahm Volker v. Hagen, CDU, das ZDF - Magazin verblieb bei Löwenthal, CDU - Symp., „Bilanz"



ZDF - Oberdemagoge Löwenthal

bekam W. Schröder, CDU und selbst der Sport, unter anderem das „Aktuelle Sportstudio" läuft vom CDU - Band Willi Krämers als Chef. Noch übrig blieb allein die Innenpolitik mit der Sendung „Länderspiegel", die als einziger SPD - ler Florian Höner abbekam.

Industrie: 22.00 Uhr Funkstille

Mit der personellen Umstrukturierung gehen Pläne einher, das Fernsehmonopol als wichtigstes ideologisches Instrument weiter auszubauen. So will das ZDF ab 1973 eine Stunde früher, um 19.00 Uhr, mit dem Abendprogramm beginnen. Damit sind „die Weichen zur Ausweitung der Reklame gestellt", wie Woller in einem Interview mit der Welt v. 20. 8. 71 freudig feststellt. Die Industrie hatte schon lange gedrängt, der Reklame auch im Hauptprogramm den Weg zu ebnen. Weiterhin hat sich die Industrie über Wollers Pläne das Ziel gesetzt, endlich von dem Problem müder Zuschauer am nächsten Morgen im Betrieb wegzukommen. Beim ZDF wird ab 1973 um 22.00 Uhr abends abgeschaltet, dann hat die Bevölkerung ins Bett zu gehen. So entdeckte CDU - Holzamer in seiner Begründung der Neuplanung des „Lebensrhytmus der Bevölkerung, die zu mehr als 50 % ab 22.00 Uhr schlafen gehen will." (Welt v. 13. 10. 71) Bis 1973 will die CDU allerdings klären, ob sich beim ARD auch ein früheres Programmende durchsetzen läßt, da, so CDU - Fernsehrat Riesenberg, „die Arbeitgeberverbände dagegen befürchten, daß die Zuschauer einfach um 22.00 Uhr aufs erste Programm umschalten und morgens genauso müde zur Arbeit kommen wie bisher." (Spiegel 52 / 71)

Politisch berieseln

Ab 1973 soll dann auch mit der bisherigen Art politischer Information vollständig gebrochen werden. In den Nachrichtensendungen sollen dann „Nachrichten nur angerissen" (Woller, Welt v. 20. 8. 71) werden, da der Zuschauer „politisch berieselt" (ZDF - Sonderkorrespondent Scholl - Latour im Spiegel 31 / 71) werden will. Statt dessen gibt es dann ein buntes Gemisch von Nachrichten und Kommentaren, ganz in der Art, wie sie Springer seit eh und je in seinen Zeitungen praktizieren läßt.

Mit halbwahren, bruchstückhaften, zerstückelten und zurechtgestutzten Informationen die „öffentliche Meinung" zu formen, war schon immer Aufgabe bürgerlicher Journalistik. Auch die neue Form, in der das beim ZDF



ZDF - Intendant Holzamer, CDU, bekommt von Ministerpräsident Kohl, CDU, einen Orden

geplant ist, ist gar nicht so neu. Hitler schrieb Anfang der 20iger Jahre in „Mein Kampf": „Die Aufnahmefähigkeit der großen Masse ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür jedoch die Vergeßlichkeit groß. Aus diesen Tatsachen heraus hat sich jede wirkungsvolle Propaganda auf nur sehr wenige Punkte zu beschränken und diese schlagwortartig solange zu verwerten, bis auch bestimmt der Letzte unter einem solchen Worte das Gewollte sich vorstellen vermag ... Wer die breite Masse gewinnen will, muß den Schlüssel kennen, der das Tor zu ihrem Herzen öffnet. Es heißt nicht Objektivität, also Schwäche, sondern Wille und Kraft ... " Das ist genau das Rezept, das sich Strauß, Barzel, Löwenthal, Woller und Springer zu eigen gemacht haben.

Zensur in Funk und Fernsehen

In Westdeutschlands Funk und Fernsehen können braune Demagogen ungeschoren die Bevölkerung bearbeiten. Da fordert z. B. der Chefredakteur des bayrischen Rundfunks von Report - Redakteuren den Nachweis, „daß Uschi Obermeier ihre Kommune durch Prostitution ernährt", um Stimmung gegen die Studentenbewegung zu machen. Da kostet der Rechtsstreit Löwenthals mit Nannen, als Löwenthal „stern" - Leser mit falschen Informationen aufhetzen wollte, 416 000 DM an Programmgebühren. (Spiegel 41 / 71) Um Objektivität bemühte Journalisten haben es dagegen schwer. Da wird sofort zensiert. Wir haben im folgenden eine – allerdings völlig unvollständige, da die meisten Fälle überhaupt nicht an die Öffentlichkeit dringen – Liste von Zensurmaßnahmen gegen demokratische Journalisten bzw. Sendungen zusammengestellt.

Bayr. Rundfunk:

- Als im 1. Fernsehprogramm das Theaterstück „Lysistrata", die Sendung „Das Bohrloch – oder Bayern ist nicht Texas" und „Zoom", Jugendmagazin mit einem Beitrag gegen den Vietnamkrieg laufen, schaltet Intendant Wallenreiter ab. In Bayern ist solange Sendepause.
- Als in den Sendungen für spanische Gastarbeiter auch über Demonstrationen demokratischer Organisationen gegen das Franco - Regime berichtet wird, protestiert Flick - Manager Pohle (CSU, inzwischen gestorben) beim Intendanten. „Bei aller Anerkennung der Pressefreiheit werden Sie zugeben, daß hier auch staatspolitische Notwendigkeiten berücksichtigt werden müssen ... Ich wäre Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie dafür sorgen würden, daß derartige Sendungen nicht fortgesetzt werden ... "
- Anfang 71 startete die faschistische griechische Regierung einen Angriff auf den demokratischen griechischen Teil des bayrischen Rundfunks, der zu 95 % von allen Griechen in der BRD gehört wird. (Tsolodimos, griechischer Vertrauensmann des DGB) Kurz darauf teilt Frank, Staatssekretär im Außenministerium, Wallenreiter mit, daß die Sendungen „für die Bundesrepublik Deutschland beträchtlichen außenpolitischen und auch wirtschaftlichen Schaden verursacht haben". (Spiegel 13 / 71)

WDR:

- Als „Ost - West" - Chef Rühle einen Film über Rumänien gedreht hatte, der so objektiv war, daß auch Radio Bukarest ihn sendete, wurde er von CDU - Chefredakteur Wördemann wegen „prokommunistischer Schönmalerei" gerügt.
- Ein 60 - minütiger Film mit einer Lehrlingsdiskussion über die „Rock - Oper Profitgeier" wurde im Juni 71 gestrichen. Fernsehdirektor Scholl - Latour, ehemaliger Freiwilligen - Fremdenlegionär der französischen Armee im Indochina - Krieg: „Das ist roter Faschismus".

Südwestfunk:

- W. Drescher, Redakteur des Jugendmagazins „Zoom", wird wegen eines Beitrages zum Vietnamkrieg entlassen. Fernsehdirektor Lange: „Mit dieser Sendung haben Sie den Rubikon überschritten, jetzt müssen Sie gehen."

Hessischer Rundfunk:

- 1970 wird der Redakteur des „Pop - Musikladens" wegen politischer Satiren entlassen.
- Dem Moderator des Jugend - Magazins „T 4" werden linke Kommentare in seiner Sendung verboten.
- Fernsehchef Grünfeld, SPD, läßt das kritische Unternehmerporträt „Teilen und Herrschen" vom Programm streichen.
- Der TV - Report „Die Kinder der Gastarbeiter" wird um kritische Passagen „entschärft".
- Als Redakteure des Kultur - Magazins „Titel, Thesen, Temperamente" den reaktionären „Bund Freiheit der Wissenschaft" kritisieren, dürfen sie nur noch unpolitisch über Kunst reden.

Radio Bremen:

- Im Jugendmagazin „In" wird im Juli 71 ein Beitrag über Sexualität und Politik gesperrt. Insgesamt werden von Intendant Abich, SPD, heikle Themenvorschläge überhaupt erst gar nicht genehmigt mit der Begründung: „Unsere Anstalt darf nicht Anstalt des öffentlichen Links heißen."
- Als im Dezember 71 die Reportage „Rote Fahnen sieht man besser" im ARD vom Bremer Sender geplant ist, protestiert Simons, Pressechef der „Landesvereinigung der industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein - Westfalens". Der Film, der die Stillegung der Phrix - Werke aus der Sicht der Arbeiter behandelte, sei „ein Stück Demagogie". Simons bat, „zu prüfen, ob die Sendung ... abgesetzt werden kann." Da außerdem in Baden - Württemberg die Metallarbeiter streikten, hatten „mehrere ARD - Programmdirektoren zudem Bedenken, den Film während der Lohnkämpfe zu zeigen". Schließlich wurde der Film nach Abschluß der Streiks gekürzt gesendet.

Süd - Deutscher Rundfunk

- Die satirische Sendereihe „Heiße Sachen" wurde 1970 im 1. Programm nachmittags auf das weniger gehörte 2. Programm nachts 23.00 Uhr verlegt. Ende 1971 wurde der Redakteur gekündigt, da er versucht hatte, einen kritischen Sketch über Meinungsfreiheit bei der ARD, eine Glosse über die Berichte der „BILD am Sonntag" über Petra Schelm („vorstehende Backenknochen") und den Rausschmiß des Bremer Rundfunk - Redakteurs Miller aufzunehmen. So bestand die Sendung in den Wochen zuvor „fast nur aus Streichungen".

Saarländischer Rundfunk:

- Der Redakteur Astel wird von CDU - Intendant Mai fristlos entlassen, weil er in einer CDU - Wahlveranstaltung „Kiesinger durch Zwischenrufe gestört" habe. Weil Astels Vorgesetzter Zilius (SPD) sich nicht von Astel distanziert, wird er ebenfalls entlassen.

Selbst – Zensur

Wenn an dieser Aufzählung auch die Übergriffe gegen demokratische Berichterstattung deutlich werden, so fehlt dennoch das wichtigste, die „Selbstzensur", die jeden Journalisten, der weiter arbeiten will, zu Opportunismus und Anpassung zwingt. Da bleibt das meiste gleich im Schreibtisch, da es doch nicht über die Sender geht. Da muß sich angepaßt werden, wenn man nicht die Existenzgrundlage verlieren will. Horst Hano, ehemals beim Bayrischen Rundfunk, über die Tätigkeit des Journalisten: **„Das Schlimmste jedoch ist eine gewisse Art von Selbstzensur. Wir reden nicht mehr nur darüber, ob ein Thema wichtig und interessant für die Sendung ist, sondern wir müssen uns gleichzeitig immer fragen: Bringen wir es bei Mühlfenzl (Chefred.) und Stephan (Report - Chef), durch? Wenn nicht, läßt man's lieber gleich." Das gilt nicht nur für Bayern, sondern für ganz Westdeutschland.**

Demonstration für ermordete Hafenarbeiter

'Links'-chaotische Studentengruppe verhindert Veranstaltung

Frankfurt, Aktionsbericht des KB / Gruppe Frankfurt.

Am 18. 3. 72 demonstrierten in Frankfurt 1 500 spanische und deutsche Arbeiter und Studenten gegen den faschistischen Terror der spanischen Polizei. Diese hatte zuvor eine Demonstration spanischer Hafenarbeiter von El Ferrol del Caudillo blutig niedergeschlagen: 2 Arbeiter wurden ermordet, über 30 z. T. schwer verletzt.



Mehrere spanische Arbeiter-Komitees in Frankfurt riefen ihre dort lebenden Landsleute zur Solidarität und Unterstützung dieser, vom DGB organisierten Demonstration auf.

Auch einige Organisationen Frankfurter Kommunisten und Sozialisten (KB, RJ / ML, KG, SAG, RK, eine Abordnung von DKP-Mitgliedern) beteiligten sich an dieser Aktion. Unter spanischen und deutschen Transparenten („Nieder mit dem Franco-Faschismus", „Freilassung aller politischen Gefangenen", „Für ein sozialistisches Spanien") marschierte man vom Opernplatz durch die Innenstadt zum Ge-



Spanische und deutsche Arbeiter protestieren gegen faschistischen Terror der spanischen Polizei

werkschaftshaus. Starke Polizeieinheiten mit Einsatzwagen und Wasserwerfern „begleiteten" den Demonstrationszug, bzw. machten „Objektschutz", jederzeit bereit, nach bewährter Methode die Demonstranten auseinanderzuschlagen. Solche Polizeieinheiten haben die Aufgabe, einen Kontakt zwischen Demonstranten und Bevölkerung möglichst zu unterbinden und der Demonstration einen halblegalen Schein zu verleihen. Weiter sollen die aufmarschierenden Polizeitruppen die „ständig bereite Macht" des kapitalistischen Staatsapparates unter Beweis stellen und so Demonstranten und Bevölkerung einschüchtern. Mit der ständigen Drohung, jederzeit zuschlagen zu können, bzw. nach Belieben Wasserwerfer und anderes gegen die Demonstranten einzusetzen, soll weiterer psychologischer Druck ausgeübt werden. Diese Polizei-Praktiken sind eine deutliche Einschränkung des freien Demonstrationsrechtes.

Auf einer anschließenden Veranstaltung im Saal des Gewerkschaftshauses wurde zunächst in deutscher und in spanischer Sprache eine Rede gehalten, die noch einmal den Anlaß der Demonstration klarmachte, sowie Trauer und Solidarität der deutschen und spanischen Kollegen zum Ausdruck brachte.

Dann hatten einige wildgewordene Studenten des RK ihre „große Stunde". (RK = „Revolutionärer Kampf", eine hauptsächlich aus Studenten bestehende Gruppe, die von einer Handvoll ehemaliger SDS-Häuptlinge angeführt wird). Als ein von seinen Kollegen demokratisch gewählter Spanier ein Referat über die Lage in Spanien halten wollte, wurde er von den RK-Studenten niedergebrüllt mit: „La solución – Revolución" (die Lösung – Revolution). Diese übergeschnappten Studenten wollen offenbar nicht erkennen, daß die spanische Arbeiterklasse seit Jahren einen heldenhaften Kampf gegen den Franco-Faschismus führt, der zunehmend revolutionäre Form annimmt. Hunderte von spanischen Arbeitern wurden bereits ermordet, tausende wanderten in die Gefängnisse und werden dort bestialisch gefoltert. In dieser Situation wäre es wichtig, mit den spanischen Kollegen und Genossen ernsthaft Strategie und Taktik des antifaschistischen Befreiungskampfes der spanischen Arbeiterklasse zu diskutieren, vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß wir selbst aus diesem Kampf lernen können. Aber die Leute vom „Rrrrevolutionären Kampf" scheinen sich mit solchen Kleinigkeiten erst gar nicht abzugeben. Heute drapieren sich solche Studenten-Gruppen noch „links" ... aber ihre arbeiter-verächtliche Haltung können sie kaum verbergen. Die Bourgeoisie wird es verstehen, daran in ihren ideologischen Kampf geschickt anzuknüpfen.



Leider konnten sich die spanischen Kollegen und Genossen nicht durchsetzen, obgleich sie über Megaphon klarzumachen sich bemühten, daß sie alle dieses Referat hören wollten, was die Sektierer allerdings nicht beeindruckte. Es kam schließlich zu tumultartigen Szenen und kleineren Prügeleien. Viele Spanier verließen resigniert den Saal. Einer dieser wildgewordenen Studenten brüllte in lächerlicher Herkules-Pose einen spanischen Genossen mit „Revolución" an. Dieser konterte: „en su casa?" („in deinem Haus?") - Eine bezeichnende Szene.

Dieses Musterbeispiel von „Linksheit", dieses „links" schwadronierende Heldentum der RK-Leute ist durchaus keine Entgleisung, sondern kennzeichnet das arbeiterfeindliche Treiben dieser Gruppe insgesamt. Hermann Remmele, Mitglied des ZK der KPD in der Weimarer Republik schrieb über diese „falschen Fufziger aus der ultralinken Küche" einmal:

„Radikaler zu sein als die Gesamtheit, das ist das Charakteristische aller „Linksheit". Die einfache, schlichte Darstellung, das Bestreben, der Wirklichkeit am nächsten zu kommen, genügt nicht, man muß sich von der Wirklichkeit, der übrigen Welt abheben. Man muß aus der Masse hervorragen, man muß gesehen werden."

Es ist der RK-Gruppe und ihren Mitläufern noch einmal gelungen, die Veranstaltung der spanischen Genossen und Kollegen zu boykottieren. Andererseits haben die spanischen Arbeiter gesehen, welche Organisationen nicht bereit sind, den Kampf der Arbeiterklasse tatsächlich zu unterstützen.

Betriebsratsvorsitzender klagt gegen Bezeichnung 'Arbeiterverräter'

Prozeß gegen 'Roten Metaller'

Bericht des KB / Gruppe Frankfurt.

Vor einigen Jahren kaufte der amerikanische Großkonzern ITT die Teves GmbH in Frankfurt. Aufgrund schärfster Ausbeutung der Arbeiter dort verdreifachte sich seitdem die Produktion. Auch sonst fanden recht hemdsärmelige Methoden dort Eingang.

Vor ihrem politischen und organisatorischen Zusammenbruch gab die „KPD / ML (Roter Morgen)" seit Januar 71 eine Betriebszeitung „Roter Metaller" heraus. Hierfür zeichnete ein gewisser Lothar Wolfstetter presserechtlich verantwortlich. Seit Herausgabe dieser Zeitung wurden ständig verdächtige Kollegen entlassen. Der Betriebsrat, dem u. a. auch 3 DKP-Mitglieder angehören, hat die Rausschmisse regelmäßig gedeckt. Einmal heuerte der stellvertretende Betriebsrats-Vorsitzende Ruppert 3 Mann an und schlug einem Verteiler Nase und Ohr blutig. Dabei nahmen sie ihm die Zeitungen weg. Im Juni 71 wurde L. Wolfstetter wegen verschiedener Äußerungen in der Zeitung angeklagt:

Der ehemalige Teves-Direktor und jetzige ITT-Europa-Bevollmächtigte Harry Sammel, sowie Adolf Bach, seines Zeichens Betriebsratsvorsitzender, Aufsichtsrat und SPD-Stadtverordneter von Neu-Isenburg, außerdem 2 weitere Herren der Geschäftsleitung hatten Anklage wegen Beleidigung erhoben.



Teves-Boß und ITT-Europa-Bevollmächtigter Harry Sammel: „Profitgeier in der Geschäftsleitung"

Der „Rote Metaller" bezeichnete Bach u. a. als „Arbeiterverräter" und die anderen als „Profitgeier in der Geschäftsleitung". Dazu sah der Ankläger „ein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung, da im Zusammenhang mit den Äußerungen dazu aufgefordert wird, das demokratische Gemeinwesen, das als verspotteter Staat der Kapitalistenknechte, Volksfeinde und Arbeiterbüttel gekennzeichnet wird, zu zertrümmern und einen Arbeiterstaat zu errichten!" (aus der Anklageerhebung)

Die Kapitalisten und ihre Handlanger in den Betrieben mögen die Zeitungen der Kommunisten nicht. Noch ist es ihnen rechtlich allerdings nicht möglich, den Kommunisten die Herausgabe von Zeitungen gänzlich verbieten zu lassen, obgleich dies ein langfristiges Ziel von ihnen ist. Noch existieren gewisse verfassungsmäßige Rechte, die dies vorerst verhindern. So überlegen diese Herren, wie sie die Zeitungsarbeit der Kommunisten erschweren und den Rahmen des Erlaubten weiter einschränken können.

Der Prozeß fand am 20. März 72 statt. Der KB / Gruppe Frankfurt rief in einem Flugblatt, das noch einmal die politischen Hintergründe dieses Prozesses aufzeigte, dazu auf, zu diesem Prozeß zu erscheinen, um eine kritische Öffentlichkeit herzustellen. Das Gericht war allerdings nicht bereit, sich mit der Betriebs- und Geschäftspolitik der Ankläger zu befassen. Es wollte sich nur mit der „Beleidigung" auseinandersetzen, ohne nachprüfen zu müssen, ob die zur Debatte stehenden Bezeichnungen möglicherweise „in Wahrnehmung berechtigter Interessen" gebraucht wurden. So führte der Verteidiger u. a. aus:

„Es kann hier nicht über eine Beleidigung diskutiert werden ... Der Ausdruck 'die Mafia von Sammel, Bach & Co.' meint keine Verbrecherorganisation, sondern eine verschworene Gemeinschaft. Und Firmenleitung und Bach arbeiten ja auch in überaus gedeihlicher Weise zusammen. Im übrigen erregt die Unterdrückung und Ausbeutung bei den Arbeitern auch mehr, als ein Gefühl der Beleidigung. Dies hier ist eine politische Auseinandersetzung!"



Betriebsratsvorsitzender, Aufsichtsrat und SPD-Stadtverordneter Bach: „Arbeiterverräter"

Doch diese Auseinandersetzung blieb den Teves-Herren erspart. Auch die vorsorglich von der Verteidigung geplante Beweisführung, daß es nicht im Bestreben der Teves GmbH liegt, „die Interessen der Arbeiter zu vertreten", sondern vielmehr Profit zu machen und dazu die Arbeiter auszubeuten, konnten die Teves-Herren umgehen.

Richter Scholz stellte nämlich fest, daß der Angeklagte zwar für den „Roten Metaller" pro forma verantwortlich gezeichnet hatte, diese Flugschriften aber erst nach der Fertigstellung zu Gesicht bekam. So mußte der Angeklagte zwar freigesprochen werden, aber gleichzeitig wurde die für die Teves-Herren peinliche Auseinandersetzung vermieden.

Allerdings konnte Richter Scholz sich nach Ende des Prozesses eine sehr bemerkenswerte Feststellung nicht verkneifen: „'Arbeiterverräter', das ist sicher keine Beleidigung. Dieser Begriff wurde schon in den 20iger Jahren im politischen Kampf gebraucht."

Westberlin

Bespitzelung kranker Arbeiter

Durch Zufall kam eine neue Schweinerei der Kapitalisten ans Tageslicht. Eine Westberliner Privatdedektei „Gerhard Neske, Dedektei - Auskunftei, 1 Berlin 47, Betzerweg 9, Tel. 663 17 18" verschickte an die Geschäftsleitungen Westberliner Betriebe folgenden Rundbrief:

„Sehr geehrte Herren!

Auch in ihrem Betrieb werden sie eine steigende Tendenz der Krankheitsfälle bemerkt haben. Um diese Ziffer im Rahmen zu halten oder gar abzubauen, biete ich ihnen eine generelle Überwachung sämtlicher Krankheitsfälle ihrer Mitarbeiter an und bitte dafür mein Angebot einzuholen. Ferner stehe ich auch gerne für Personalkontrollen und anderweitige Dienste zur Verfügung. Ich sichere ihnen für alle Aufträge eine gewissenhafte und preisgünstige Ausführung zu.

Hochachtungsvoll

gez. G. Neske"

Bereits 6 Westberliner Betriebe sollen nach Auskunft der Gewerkschaft auf dieses Angebot eingegangen sein. Dieser zufällig aufgedeckte Fall ist sicher keine Ausnahme. *(Nach „Klassenkampf" - Zeitung des KB - Wolfsburg, Nr. 3)*

Nixon in China

Vom 21. bis 28. Februar hielt sich US-Präsident Nixon zu einem Staatsbesuch in der Volksrepublik China auf. Er hatte in dieser Zeit ein Zusammentreffen mit Mao Tse-tung, das von beiden Seiten als „ernsthaft und freimütig" bezeichnet wurde, sowie eine Reihe von Gesprächen mit Chinas Ministerpräsidenten Tschou En-lai und weiteren chinesischen Politikern. Selten ist über ein außenpolitisches Ereignis so viel und so wild spekuliert worden: Die kapitalistische Presse sprach von einem „neuen Anfang", vom „Eintritt Chinas in die Weltpolitik", von einem großen außenpolitischen Erfolg Nixons, von einem möglichen Bündnis zwischen China und den USA gegen die Sowjetunion. Die sowjetischen Führer ihrerseits und ihre Nachbeter in der DKP schrien von „Verrat" und „Komplott", obwohl Nixon nach der VR China in diesem Jahr auch die Sowjetunion besuchen wird. Unter den Linken und Super-„Linken" schließlich herrschte Jubel vor: „China durchkreuzt Komplott der Supermächte!" („KPD / ML" / Roter Morgen, 14. Februar 72), „Nixons Pekingreise – Eingeständnis einer Niederlage" („Arbeiterzeitung" Heidelberg, März 72), „Bankrott des US-Imperialismus" („KAZ" der Münchner Arbeiterbasisgruppen, Januar 72), „Nixon am Boden" („Rote Fahne" Tübingen, Februar 72), usw.

Halten wir uns zunächst an die Tatsachen, d. h. an das gemeinsame Kommunique von USA und VR China über den Nixon-Besuch. Das Kommunique widerspiegelt die unterschiedlichen Auffassungen, wie sie in den Gesprächen über die Beziehungen USA – China und einer Reihe weiterer Fragen zum Ausdruck kam.

Die chinesische Seite erklärte: „Wo immer Unterdrückung herrscht, dort gibt es Widerstand. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution, das ist die unaufhaltsame Strömung der Geschichte geworden. Alle Länder, ob groß oder klein, müssen gleichberechtigt sein, große Länder dürfen nicht die kleinen und starke nicht die schwachen tyrannisieren. China will niemals eine Supermacht sein, und es bekämpft Hegemonie und Machtpolitik jeder Art ...". Weiter heißt es, daß die VR China auch in Zukunft alle unterdrückten Völker und Nationen in ihrem Kampf entschlossen unterstützen wird. Die VR China tritt für den Abzug aller Truppen von fremdem Boden ein.

Die US-Seite erklärte, sie wolle „auf einen gerechten und gesicherten Frieden hinarbeiten", „die individuelle Freiheit und den sozialen Fortschritt aller Völker der Welt unterstützen", „die internationalen Beziehungen nach den Prinzipien der ‚gegenseitigen Achtung' und des ‚friedlichen Wettbewerbs' gestalten". „Es sollte den Völkern Indochinas erlaubt sein, ihr eigenes Schicksal ohne Intervention von außen her zu bestimmen", „die Vereinigten Staaten unterstützen das Recht der Völker Südasiens, ihre eigene Zukunft in Frieden zu gestalten, frei von militärischer Bedrohung, ohne ihr Gebiet Objekt von Großmachtrivalität werden zu lassen."

Dem Kommunique zufolge stimmten beide Seiten darin überein, „daß sich Länder, ohne Rücksicht auf ihre Gesellschaftsordnung in ihren Beziehungen nach den Prinzipien der Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens sowie der friedlichen Koexistenz verhalten sollen". Beide Seiten erklärten daher übereinstimmend:

- Normalisierung der Beziehungen zwischen China und USA liegt im Interesse aller Länder
- die Gefahr militärischer Konflikte soll vermindert werden
- weder USA noch China erstreben eine Vormachtstellung in Asien und beide sind gegen die Vormacht irgend einer anderen Nation in Asien
- keine Vereinbarungen oder Verhandlungen, die gegen andere Staaten gerichtet sind
- kein heimliches Einverständnis zwischen Großmächten gegen andere Länder und keine Aufteilung der Welt in Interessenssphären.

Weder Terror ....

Das gemeinsame Kommunique enthält außerdem allgemeine Vereinbarungen über Kontakte und Austauschprogramme auf Gebieten wie Wissenschaft, Kultur, Sport und Zeitungswesen, ferner die Entwicklung „wirtschaftlicher Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens".

Abschließend wurde eine Fortsetzung der „konkreten Beratungen zwecks Förderung der Normalisierung der Beziehungen zwischen den zwei Ländern und zu weiterem Meinungsaustausch über Fragen von gemeinsamen Interessen" vereinbart.

Was an dem Kommunique zunächst auffällt ist: während auf chinesischer Seite Worte und Taten übereinstimmen, klafft zwischen Worten und Taten der US-Seite ein tiefer Widerspruch.

Die VR China hat keine eigenen Truppen, weder zu Lande noch zur See, außerhalb des eigenen Landes stationiert. Obwohl China über die stärkste Armee der Welt verfügt, ist diese ausschließlich auf einen Verteidigungskrieg orientiert.

Ganz anders die USA! Entgegen ihren schönen Beteuerungen im Kommunique haben sie sich massiv in die Angelegenheiten der Völker Indochinas eingemischt, unterhalten eigene Streitkräfte in Vietnam und Laos, bombardieren Länder Asiens, unterstützen überall auf der Welt – wo immer sie können – die reaktionären, volksfeindlichen Regimes: in Asien und Lateinamerika ebenso wie in Spanien und Griechenland.

Während Mrs. Nixon chinesischen Kindern über den Kopf streichelte, töteten amerikanische Bomben Kinder in Vietnam, Laos, Kambodscha ... Während Nixon von der Souveränität aller Länder sabbelte, berechneten die US-Monopole ihre Profite aus der Ausplünderung fremder Länder.

Was bleibt aufgrund des Kommuniques als konkretes Ergebnis der Besprechungen festzustellen? Weder „Verrat" und „Komplott" noch „Bankrott des US-Imperialismus". China hält an den bisherigen Prinzipien seiner Außenpolitik fest – friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung bei gleichzeitiger Unterstützung aller Befreiungskämpfe und Revolutionen der unterdrückten Völker und Nationen. Der US-Imperialismus seinerseits hat nichts geboten als allgemeinste Phrasen über Frieden und Unabhängigkeit; Phrasen, die nach wie vor in Widerspruch zu seiner tatsächlichen Politik stehen.

Einigermaßen erstaunlich ist, was einige super-„linke" Gruppierungen aus Nixons Phrasen alles herauslesen. Danach hat Nixons Reise den US-Einkreisungskrieg gebrochen" („KPD / ML" / Roter Morgen), die US-Imperialisten seien „gezwungen, gewisse Zugeständnisse gegenüber China zu machen, und ihre Agressionspläne vielleicht vorläufig auf Eis zu legen" („Rote Fahne" Tübingen).

Schön wär's ja! Aber wie ist das mit der Einkreisung Chinas? Unterhält der US-Imperialismus nicht weiterhin seine Streitkräfte und Stützpunkte in Asien? Wird der US-Imperialismus nicht auch weiterhin mit den sowjetischen Revisionisten zusammenarbeiten gegen den Frieden in der Welt und gegen den Fortschritt und das Selbstbestimmungsrecht der Völker? Und welche konkreten Zugeständnisse hat Nixon gegenüber China gemacht oder werden die US-Imperialisten in Zukunft machen?

Es ist offensichtlich, daß solche super-„linken" Gruppierungen genau in dieselben Illusionen verfallen sind, die sie an den Revisionisten der DKP immer wieder lautstark – aber offenbar nicht sehr ehrlich! – kritisiert haben. Die Reise des „Friedenskanzlers" Brandt nach Warschau und Moskau, die immerhin die Anerkennung der bestehenden Grenzen in vertraglicher Form brachten, haben die Super-„Linken" völlig zu Recht als imperialistische Betrugsmanöver bezeichnet. Die Reise Nixons nach Peking dagegen signalisiert ihnen den „Bankrott des US-Imperialismus" und die „Durchbrechung des US-Einkreisungskrieges", obwohl diese Reise nun wirklich nichts als völlig unverbindliche Phrasen von Seiten Nixons gebracht hat.

Der deutlichste Beweis dafür: die US-Delegation bei den Pariser Vietnam-Gesprächen hat Ende März die Verhandlungen auf „unbestimmte Zeit" abgebrochen, mit der zynischen Begründung, die vietnamesische Seite müsse erst ihren Friedenswillen durch Zugeständnisse an den US-Imperialismus unter Beweis stellen. Dieses Verhalten zeigt klar, daß Nixon jedenfalls nicht nach Peking gereist ist, um dort Konkurs anzumelden, oder auch nur als „Bittsteller" („Wahrheit", Organ des KB Bremen).

Was wollte Nixon in Peking?

Der US-Imperialismus hat große Anstrengungen unternommen, um das Entstehen eines sozialistischen Chinas zu verhindern, indem er im chinesischen Bürgerkrieg 1945 – 49 mit massiver finanzieller und materieller Hilfe das Tschiang Kai-tschek-Regime unterstützte. Nach Gründung der Volksrepublik 49 betrieben die US-Imperialisten eine Politik der wirtschaftlichen Blockade und politisch-militärischen Einkreisung gegen China. Andererseits kam es – besonders in der Ära Chruschtschow-Kennedy – zu einer erheblichen Verbesserung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.



.... können die Revolution aufhalten!

Dieses Vorgehen scheint den US-Imperialisten gegenwärtig nicht mehr praktikabel. Was China angeht, so hat sich gezeigt, daß es durch Blockade und Einkreisung nicht in die Knie zu zwingen war, sondern im Gegenteil, heute als nicht mehr zu ignorierende wirtschaftliche und politische Macht besteht. Auf der anderen Seite hat sich das Klima zwischen USA und Sowjetunion in den letzten Jahren zunehmend verschlechtert. Das ist eine zwangsläufige Entwicklung. Entgegen der „links"-revisionistischen Theorie vom „Komplott der Supermächte", die in Wahrheit nur eine Neuauflage der Theorie Kautsky's vom „Ultra-Imperialismus" ist, haben sich die Widersprüche zwischen den US-Imperialisten und den sowjetischen Revisionisten, die ebenfalls eine imperialistische Außenpolitik treiben, gesetzmäßig verschärft. In der arabischen Welt, im Mittelmeer, im Konflikt Indien-Pakistan prallen die gegensätzlichen Interessen aufeinander. (Die Theorie vom „Ultra-Imperialismus" und „Komplott der Supermächte" besagt, daß es zu einem friedlichen Ausgleich zwischen den größten imperialistischen Mächten kommen könnte).



(Mrs. Nixon · Blick in chinesische Töpfe)

....noch diplomatische Tricks ....

Das Zweier-Verhältnis USA-Sowjetunion hat sich durch das Erstarken der VR China in ein weltpolitisches Dreieck verwandelt. Unter diesen Umständen zielt die Politik des US-Imperialismus darauf ab, mit einem seiner beiden Gegner ein zeitweiliges Bündnis gegen den dritten einzugehen. Die von den Revisionisten herbeigeführte und zementierte Spaltung der kommunistischen Weltbewegung gibt den Imperialisten die Hoffnung, Sowjetunion und VR China gegeneinander ausspielen zu können.

Forts. nächste Seite

Verleger Feltrinelli ermordet?



Am 15. März gab die italienische Polizei bekannt, daß am Stadtrand von Mailand die Leiche eines unbekannten Mannes unter einer Hochspannungs - Leitung gefunden worden war. Er sei am Abend des Vortages beim Versuch eines Sprengstoffanschlages auf die Leitung durch die eigene Bombe getötet worden. Am späten Abend des 15. März verbreitete sich das Gerücht, daß der Tote der bekannte Verleger Feltrinelli sei, und diese Nachricht wurde später offiziell bestätigt.

Feltrinelli kommt aus einer sehr reichen Familie, und dies erlaubte ihm den Aufbau eines der größten italienischen Verlagshäuser, das sich auf die Herausgabe linker Literatur – wie z. B. wertvolle Nachdrucke von alten Dokumenten der Kommunistischen Internationale und Übersetzungen moderner revolutionärer Schriften aus China, Lateinamerika usw. – spezialisiert hat.

1946, zwanzigjährig, wurde Feltrinelli Mitglied der Sozialistischen Partei. Anfang 1948 trat er zur Kommunistischen Partei über. 1955 gründete er sein Verlagshaus. Nach den Ereignissen in Ungarn 1956, begann er sich von der Kommunistischen Partei zu lösen. Er veröffentlichte 1956 den Roman „Dr. Schiwago" des antikommunistischen russischen Schriftstellers Pasternak und verließ 1957 die Kommunistische Partei. 1964 und 1967 besuchte Feltrinelli zweimal Cuba. Dies war die Zeit, in der er sich verstärkt um die Herausgabe von Schriften zum bewaffneten Kampf, Partisanenkrieg, Stadtguerilla, zu kümmern begann.

Am 12. Dezember 1969 explodierte die Bombe in der Mailänder Landwirtschaftsbank und tötete 16 Menschen. Das Attentat, dessen Urheber unter Faschisten und imperialistischen Geheimdiensten zu suchen (vgl. ARBEITERKAMPF Nr. 16) sind, wurde den Anarchisten angelastet. Feltrinelli – von der Polizei mit dem Attentat in Verbindung gebracht – verschwand im „Untergrund". „Weil man sich nicht neben den brennenden Reichstag stellen sollte", wie er selbst sagte (die Nazis zündeten 1933 den Reichstag an, um einen Vorwand zur Zerschlagung der KPD zu haben).

Die revolutionäre Linke Italiens wandte sich sofort gegen die offizielle Version, wonach Feltrinelli durch die eigene Bombe unter der Hochspannungsleitung getötet worden sein soll. „Feltrinelli ist ermordet worden", heißt es in einer Erklärung, die u. a. von verschiedenen fortschrittlichen Intellektuellen unterzeichnet ist, die wesentlich zur Klärung der Hintergründe der Bomben vom 12. Dezember 69 beigetragen haben.

Die kommunistische Zeitung „il manifesto" schrieb am 19. März:

„Wir erleben stürmische Tage, deren grausamstes Symbol die zerfetzte Leiche Feltrinellis am Rande von Mailand ist. Nicht bloß ein nicht einmal sehr glaubwürdig arrangierter politischer Mord, sondern eine blutige Warnung an ein Land, von dem manche Leute glauben, daß es aus Feiglingen oder Idioten besteht, die bereit wären, einen neuen Faschismus hinzunehmen oder gar herbeizusehnen ... Für die Bourgeoisie geht es darum, ein Zeichen zu setzen, die Arbeiterparteien nach rechts zu lenken, die Front zurückzudrängen, die Arbeiterklasse politisch und ideologisch zu entwaffnen ... "

Viele Anzeichen sprechen gegen die offizielle Version, sprechen für Mord an Feltrinelli.

Der erste Arzt, der die Leiche untersuchte, errechnete einen Todestermin vor Dienstag, 15.30 Uhr – während die Explosion, die Feltrinelli getötet haben soll, erst gegen 21.30 Uhr gehört wurde.

Die offizielle Autopsie vom 18. / 19. März lautet: Feltrinelli starb innerhalb weniger Minuten an den Folgen der Explosion. Im Körper wurden keine Reste von Gift, Alkohol oder Chloroform festgestellt. Bemerkenswert ist, daß Feltrinelli lange Zeit vor seinem Tod – etwa 24 Stunden keine Nahrung mehr zu sich genommen hatte.

Einer der untersuchenden Ärzte, Prof. Maccacaro, gab eine abweichende Einschätzung: Schädelbasis und Gehirn Feltrinellis weisen Verletzungen auf, die kaum von der Explosion herrühren könnten. Die Verletzungen seien derart, daß Feltrinelli möglicherweise vor der Explosion so schwer durch Schläge verletzt worden sei, daß diese – abgesehen von der Explosion – allein schon innerhalb weniger Stunden zum Tod geführt hätten.

Der Tod Feltrinellis kommt der italienischen Bourgeoisie gerade recht für ihre Propaganda zu den Neuwahlen Anfang Mai. Wegen der Bomben des 12. Dezember 69 mußten inzwischen mehrere Faschisten verhaftet werden, unter ihnen Pino Rauti, Leitungsmitglied und Kandidat der neofaschistischen Partei MSI zu den Neuwahlen. In dieser Situation hat der Tod Feltrinellis der Reaktion zu einem erwünschten Ablenkungsmanöver verholfen.

Feltrinelli wird jetzt in Verbindung gebracht mit den GAP und „Roten Brigaden" (italienische Ausgabe der „Baader - Meinhof - Gruppe"), die ihrerseits mit Gruppen der revolutionären Linken in engen Zusammenhang gebracht werden, um ihre Verfolgung und Unterdrückung zu rechtfertigen. Keine Ermittlungen gegen mögliche Mörder Feltrinellis unter den Rechtsextremisten! Aber Dutzende von Haussuchungen in Wohnungen und Büros linker Organisationen wie „Lotta Continua", „Potere Operaio" und bei fortschrittlichen Intellektuellen, in Mailand, Florenz, Genua, Rom. So praktizieren Polizei und Justiz der Kapitalistenklasse – und nicht nur in Italien! – ihre „Unparteilichkeit der Ermittlungen".

Aber der 14. März 1972 ist längst nicht mehr wie der 12. Dezember 1969. Das Gefühl der italienischen Arbeiterklasse für reaktionäre Provokationen ist schärfer geworden. Das Mißtrauen gegenüber *allen Behauptungen* der Bourgeoisie, ihres Staates, ihrer Parteien, ihrer Presse ist sehr stark, nicht nur in der Arbeiterklasse, sondern auch bei großen Teilen des Kleinbürgertums.



Nixon in China Forts. von S.15

Im übrigen nehmen die Imperialisten gern die Gelegenheit wahr, ihre Kriegs - und Einmischungspolitik mit allgemeinen Phrasen über Frieden, Nichteinmischung, Entspannung, Achtung der Souveränität anderer Nationen usw. usf. zu bemänteln. Nach dem „Friedenskanzler" Brandt nun der „Friedenspräsident" Nixon, das ist natürlich auch ein nicht zu unterschätzender Schlager für die kommenden Präsidentschaftswahlen in den USA!

Warum haben die Chinesen Nixon eingeladen?

Die VR China ist von Anfang an dafür eingetreten, daß in den Beziehungen zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zur Anwendung kommen. Das bedeutet aber noch lange nicht, daß die Chinesen seit Jahren auf nichts anderes gewartet hätten, als auf den Besuch Nixons. Zur Einladung an Nixon, die bekanntlich von chinesischer Seite ausging (Mao Tse - tung ließ sie durch Edgar Snow, einem fortschrittlichen amerikanischen Schriftsteller, übermitteln), kamen noch besondere Bedingungen hinzu.

Nachdem die Sowjetunion zunehmend auf dem Weg der Liquidierung des Sozialismus nach innen und einer imperialistischen Politik nach außen ist, ist die VR China das stärkste sozialistische Land der Welt und der wichtigste Stützpunkt der proletarischen Weltrevolution. Damit sieht sich China der schärfsten Feindschaft sowohl des US - Imperialismus, wie auch des sowjetischen Revisionismus gegenüber.

Die VR China ist demnach in einer widersprüchlichen Position. Ihre Stärke ist der Sozialismus, – das Gesellschaftssystem, dem die Zukunft gehört –, und die Revolution, als klare Hauptttendenz in der Welt. Ihre Schwäche ist, daß sie militärisch immer noch weitgehend schutzlos wäre gegen einen mit Atomwaffen geführten Überfall einer der beiden „Supermächte". Eine derartige Bedrohung besteht sowohl von Seiten der USA, wie auch von Seiten der Sowjetunion, die mit der Provozierung der Grenzzwischenfälle am Ussuri 1969 und der Besetzung der CSSR 1968 die Linien ihrer Politik klar gemacht hat.

Diese Situation verlangt nicht eine Hauruck - Politik (wie sie von den Trotzkisten und anderen politischen Abenteurern vorgeschlagen wird, die noch nie genötigt waren, ihre chaotischen Vorstellungen in die Praxis umsetzen zu müssen), sondern eine sehr komplizierte außenpolitische Strategie. Um das Zustandekommen einer antichinesischen Front USA - Sowjetunion zu verhindern, ist China gegenwärtig um die Verbesserung seiner Beziehungen zu den USA bemüht, ohne dabei jedoch außenpolitische Zugeständnisse zu machen oder seine Unterstützung für die Weltrevolution aufzugeben.